

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Harald Kühn

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Andreas Krahl

Abg. Gerald Pittner

Abg. Andreas Winhart

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Christina Haubrich

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Roland Magerl

Abg. Harald Güller

Staatsministerin Melanie Huml

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 14

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/966 mit 18/968),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/970 mit 18/975, 18/990, 18/1038),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/816 mit 18/830),

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/969),

Änderungsanträge von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drsn. 18/718 mit 18/727, 18/729, 18/730),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/635 mit 18/638),

Änderungsanträge von Abgeordneten der FDP-Fraktion (Drsn. 18/918, 18/920 mit 18/923)

Die Gesamtredezeit beträgt auch hier eine Stunde und 31 Minuten. Davon entfallen auf die CSU 20 Minuten, auf die GRÜNEN 12 Minuten, auf die FREIEN WÄHLER 11 Minuten, auf AfD und SPD jeweils 10 Minuten sowie auf die FDP 8 Minuten Redezeit. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; sie kann deshalb bis zu 20 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk können 4 Minuten reden.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich noch darauf hin, dass von der SPD-Fraktion und von der FDP-Fraktion zu drei Änderungsanträgen namentliche Abstimmung

beantragt wurde. Auf Wunsch der AfD-Fraktion soll über zwei Änderungsanträge der Fraktion in einfacher Form abgestimmt werden.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Kühn.

Harald Kühn (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gesundheit ist für jeden Menschen das wichtigste Gut und hat gesamtgesellschaftlich eine herausragende Bedeutung. Vergleichsweise haben wir in Bayern eine hochwertige, weltweit anerkannte medizinische Versorgung sowohl in der Stadt wie auf dem Land mit einem effizienten System privater und öffentlicher Angebote. Auch deshalb können wir froh sein, in Bayern zu leben. Mit dem Einzelplan 14 werden die Weichen dafür gestellt, dass den Menschen in Bayern im Rahmen der Landeskompentzen auch weiterhin die bestmögliche gesundheitliche Versorgung zur Verfügung gestellt werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Der Regierungsentwurf umfasst ein Gesamtvolumen von circa 1,4 Milliarden Euro. Dieses starke Signal für Gesundheit und Pflege in Bayern haben der Herr Ministerpräsident und die Frau Gesundheitsministerin gesetzt, und es ist nur durch eine grundsätzliche zukunftsorientierte Finanzpolitik der Staatsregierung möglich. Eine hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung ist für die Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung. Leistungsfähige Krankenhäuser sind ein wesentlicher Teil davon. Insofern ist es erfreulich, dass wir in den Jahren 2019/2020 im Krankenhausetat – verbucht unter Einzelplan 13 – 643 Millionen Euro vorgesehen haben. Für die derzeit 128 Krankenhausprojekte ist das ein Gesamtvolumen von circa 2,7 Milliarden Euro. 90 Maßnahmen mit circa 1,8 Milliarden betreffen den ländlichen Raum.

Bayern will anhand verschiedener Programme zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung im ländlichen Raum beitragen. Die Förderprogramme für die bayerischen Kurorte und Heilbäder, zur Niederlassung von Ärzten und für innovative medizinische Versorgungskonzepte sowie das Stipendienprogramm für Medizinstudenten sind in

diesem Zusammenhang richtige und wichtige Ansätze. Neu veranschlagt sind die Ausgaben zur Einführung der sogenannten Landarztquote. Der Ansatz für die Vergabe von Stipendien wird von 750.000 auf jährlich mehr als 2 Millionen Euro angehoben.

Das im Jahre 2015 aufgelegte Förderprogramm Gesundheitsregionen plus, über das die Angebote der Gesundheitsförderung und der Prävention sowie der Versorgungsstrukturen auf Kreisebene verstärkt und weiterentwickelt werden, wird von den Landkreisen und den kreisfreien Städten gut angenommen. Es wird deshalb von uns fortgesetzt. Insgesamt sind für den Gesamtkomplex "Gesundheit im ländlichen Raum" circa 30,4 Millionen Euro, also 8,5 Millionen Euro mehr als bisher, vorgesehen. Der wachsenden Bedeutung der Digitalisierung in Krankenhaus und Pflege tragen wir mit circa 58 Millionen Euro und dem Thema Telematik-Anwendungen mit circa 4 Millionen Euro Rechnung.

Auch das Thema Hebammen hat eine große Bedeutung. Unsere Hebammen leisten eine sehr wichtige Arbeit. Mit den beiden Nachtragshaushalten 2018 wurden bereits umfangreiche Fördermaßnahmen zur Verbesserung der Situation aufgelegt. Diese Maßnahmen werden noch einmal verstärkt. Ich erwähne stichpunktartig das Förderprogramm Geburtshilfe, den Hebammenbonus und die Niederlassungsprämie mit insgesamt 49 Millionen Euro.

Lassen Sie mich nun zur Pflege kommen, die ebenfalls eine hohe und weiter steigende Relevanz hat. Auch in Bayern ist der Fachkräftemangel in diesem Bereich zu spüren. Schwerpunkt ist daher weiterhin die Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Weiterentwicklung der Herzwerker-Kampagne, mit der insbesondere Jugendliche für den Pflegeberuf interessiert werden sollen. Dafür stehen insgesamt circa 3,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Für die Umsetzung des Pflegeberufgesetzes sind knapp 46 Millionen Euro veranschlagt. Der Meisterbonus wird von 1.500 auf 2.000 Euro angehoben; insgesamt circa 1,1 Millionen Euro sind dafür veranschlagt.

Die Grundsatzdebatte über die Vereinigung der Pflegenden in Bayern wurde schon in der letzten Legislaturperiode geführt. Für die Geschäftsstelle sind circa 1,5 Millionen Euro bereitgestellt.

Der große Schritt der Staatsregierung war die Einführung des Landespflegegeldes mit einem Gesamtansatz von circa 748 Millionen Euro. Das ist ein haushaltsrelevanter Schritt. Das dazu notwendige Landesamt für Pflege in Amberg ist mit circa 16,7 Millionen Euro ausreichend verankert.

Weiter wird ein Investitionsprogramm für den Neu- und Ausbau von Pflege- und Seniorenheimen mit einem Verfügungsrahmen von circa 120 Millionen Euro aufgelegt. Ich hoffe, dass auch eine Steuerung für Standortfragen sachgerecht berücksichtigt werden kann.

Die Familienpflege mit circa 2,6 Millionen Euro, die niederschwelligen Betreuungsangebote und der Bereich Demenzerkrankung mit circa 6,4 Millionen sowie die Förderung der Angehörigenarbeit mit circa 4,8 Millionen zeigen, wie ernst diese Thematik von unserer Seite her genommen wird und wie differenziert die einzelnen Sektoren unterstützt werden. Die Förderung, erstens, ambulant betreuter Wohngemeinschaften, zweitens von jährlich zusätzlich 500 Kurzzeitpflegeplätzen, drittens von Einzelprojekten, viertens zur Qualifizierung des Personals und fünftens zur Anpassung der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege an die Anforderungen Demenzkranker, ist insgesamt mit circa 22 Millionen Euro verankert, die Demenzstrategie mit circa 1,6 Millionen Euro und die Demenzwoche im nächsten Jahr mit 250.000 Euro.

Meine Damen und Herren, das ist viel Geld. Mehr ist immer möglich, aber ich denke, das ist schon ein deutliches und klares Signal an alle Beteiligten und Betroffenen. Neben dem Geld, glaube ich, ist aber die Wertschätzung der Arbeit aller in diesem Bereich Tätigen ganz wesentlich. Dafür kann man nur Dank und Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, die Pflege und Begleitung von Schwerstkranken und Sterbenden ist ein besonders sensibles Thema. Mit circa 4,3 Millionen Euro können die palliativmedizinische und die geriatrische Versorgung sowie die ambulante und stationäre Hospizarbeit weiter gestärkt und ausgebaut werden; die Hospizarbeit bekommt 2,5 Millionen Euro. Hinzu kommt ein Spezialprojekt in Bamberg, ein Kinderhospiz, mit 9,5 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, derzeit wird das Thema Organspende intensiv auch auf Bundesebene diskutiert. Wir sind uns alle, glaube ich, darüber einig, dass die Zahl der Organspenden erhöht werden sollte, um mehr Menschenleben zu retten. Mit den veranschlagten Mitteln im Bereich Transplantationsmedizin in Höhe von circa 445.000 Euro soll die Bereitschaft in Bayern zur freiwilligen Organspende insbesondere über Aktionen des Bündnisses für Organspende weiter gesteigert werden.

In diesem Doppelhaushalt wird eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten zur Gesundheitsförderung und Prävention verankert. Ich erwähne hier nur stichpunktartig die Bekämpfung der Glücksspielsucht, die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids, die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten. Das Thema Impfen ist zurzeit auch wieder hoch aktuell.

Weitere Maßnahmen sind die Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie und die Versorgung von Menschen mit psychischer Behinderung. Wir haben für die Umsetzung des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes insbesondere für die Einrichtung der Krisendienste bei den Bezirken circa 18,6 Millionen Euro veranschlagt.

Die gesundheitliche Klimaforschung, Umweltmedizin und Umwelthygiene sind ebenso enthalten wie Projekte allgemein zur Gesundheitsförderung. Hier möchte ich lobend die Initiative unserer Staatsministerin erwähnen, jährlich einen Aktionsschwerpunkt festzusetzen, 2019 zum Thema "sexuell übertragbarer Krankheiten" und 2020 zum Thema "Herzinfarkt". Neu veranschlagt sind Ausgaben für den Aufbau eines arbeitsmedizinischen Instituts für die Schulen.

Meine Damen und Herren, zum Personal will ich nur generell sagen, ohne das im Einzelnen aufzurollen: Natürlich haben wir in diesem Ressort in den letzten Jahren einen Anstieg erlebt, aber das ist absolut sachgerecht und notwendig. Wir können nicht die Aufgaben vermehren, ohne das nötige Personal dazu zu geben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb sage ich – da spreche ich aber nur für mich persönlich –: Wir werden uns hier auch in Zukunft, wenn das so weitergeht, auch aufgrund der Bedarfssituation in der Gesellschaft, immer zur sachgerechten Personalausstattung durchringen müssen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Kolleginnen und Kollegen, nach engagierten Beratungen wird mit diesem Einzelplan ein aus meiner Sicht gutes Ergebnis vorgelegt. Bei allem Ringen um Details und bei allem Verständnis für unterschiedliche Positionen möchte ich aber auch auf die Gesamtverantwortung für den Haushalt in diesem Politikbereich hinweisen. Ich persönlich hoffe sehr, dass die Verantwortlichen auf Bundesebene im Rahmen der Großen Koalition und in Brüssel zum Erhalt und zur zukunftsorientierten Weiterentwicklung auch des öffentlichen Teils des Gesundheitswesens im Rahmen der Daseinsvorsorge als einer tragenden Säule der sozialen Marktwirtschaft beitragen.

Mein besonderer Dank gilt dem Herrn Ministerpräsidenten, Frau Staatsministerin Huml, Frau Ministerialdirektorin Nowak sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium, aber auch auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung sowie in allen anderen Bereichen, auch im Ehrenamt und in den Familien. Ich darf danken dem Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Kollegen Dr. Bauer, unserem Ausschussvorsitzenden Bernhard Seidenath, dem Kollegen Klaus Holetschek und dem Haushaltsausschussvorsitzenden Josef Zellmeier. Ich danke aber auch ausdrücklich allen Kolleginnen und Kollegen in der Opposition für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss.

Zum vorliegenden Entwurf des Einzelplans 14 bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Andreas Krahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kollegen und Kolleginnen! Knapp 400.000 Menschen sind in Bayern aktuell pflegebedürftig. Bis 2030 werden es 80.000 mehr. Mehr als die Hälfte davon wird von Angehörigen zu Hause versorgt und betreut. Diese Angehörigen, zumeist sind es Frauen, vollbringen Unglaubliches und gehen bis an die Grenze an ihrer physischen und psychischen Leistungsfähigkeit, zum weiten Teil auch darüber hinaus, das Ganze nicht nur einmal, nicht nur zweimal im Monat, sondern an 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche. Anstatt diesen Menschen mit sinnvollen und entlastenden Maßnahmen zur Seite zu stehen, zahlt die Staatsregierung an jeden Pflegebedürftigen 1.000 Euro pro Jahr aus mit dem Vermerk: Macht damit, was ihr wollt, aber bitte beschwert euch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Auch die FREIEN WÄHLER haben im Haushaltsplan dieses Thema der pflegenden Angehörigen erkannt. Die Musterlösung der FREIEN WÄHLER sieht so aus: Wir bieten diesen Angehörigen einen Pflegestammtisch an. Das macht es auch nicht wirklich besser.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Aber zurück zum bayerischen Pflegetausender. Herr Kühn, Sie haben es erwähnt: Zusammengerechnet werden da 748 Millionen Euro verschleudert, ohne auch nur den Hauch einer Verbesserung der Situation der Betroffenen, der Angehörigen und der professionellen Pflegekräfte zu erreichen. Was hätten wir mit diesem Geld alles machen können? – Wir hätten die von der Staatsregierung so geforderten Pflegestütz-

punkte endlich konsequent und flächendeckend ausbauen und somit den Angehörigen in dieser absolut überlastenden Situation kompetente Beratung niederschwellig zur Seite stellen können.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wir hätten den Kommunen bei der Quartiersentwicklung tatkräftig unter die Arme greifen können. Aber das – das muss ich zugestehen – hat auch die Staatsregierung erkannt. Herr Kühn, Sie haben es gesagt: Die Staatsregierung will 500 Kurzzeitpflegeplätze bauen – ich wiederhole mich ungern – für 80.000 Pflegebedürftige, die in den nächsten zehn Jahren auf uns zukommen. Im Politikhandbuch, liebe Damen und Herren, kann man das unter dem Stichwort "Schaufensterpolitik" finden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Unter Schaufensterreden!)

Die Tagespflege fehlt komplett im Haushalt. Individuelle innovative Pflegekonzepte wie "Buurtzorg" aus Holland, die Verbindung von Kitas und Pflegeplätzen, all das fehlt in diesem Haushalt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, der sogenannte Pflegenotstand betrifft diese Menschen am allermeisten. Sie brauchen ehrliche und konstruktive Hilfsangebote und keine Wahlgeschenke, die nichts bringen außer einem aufgeblasenen Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

12.000 Stellen fehlen aktuell an bayerischen Kliniken, 30.000 Stellen fehlen aktuell an ambulanten Pflegeeinrichtungen und in der Langzeitpflege. Der Staatsministerin, sehr geehrte Frau Huml, fällt nichts Besseres ein, als diesen Beruf mit einer Herzwerker-Kampagne aufwerten zu wollen. Sie können jetzt einen Online-Test machen, ob Sie zu einer Pflegekraft taugen oder nicht. Soll ich Ihnen sagen, wann Sie zu einer Pflegekraft taugen, wenn es nach der Staatsregierung geht? – Wenn Sie einem alten Menschen, wie es sich die Staatsregierung vorstellt, über die Straße helfen. Das, meine

Damen und Herren, ist ein Sinnbild dafür, dass die Staatsregierung den Pflegeberuf noch immer als reinen Assistenzberuf und nicht als eigenständige Profession wahrnimmt. Sie gestehen kein Recht auf die eigene Profession zu, die sie aber eigentlich längst ist. Gerade im Zuge der Generalistik wäre jetzt die Möglichkeit gewesen, dass Sie unsere Berufsfachschulen endlich mit dem Geld ausstatten, das für die Ausbildung in einem systemrelevanten Beruf gebraucht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wo bleibt der Ausbau von Hochschulstandorten? Warum planen Sie nicht endlich die Einführung eines primärqualifizierenden Studiengangs Pflegeforschung? Wo bleiben freigestellte Praxisanleiterinnen? – Das wären Maßnahmen, um den Beruf attraktiv zu machen und nachhaltig zu stärken.

Sehr geehrter Herr Kollege Kühn, ein einziges Danke bei den Haushaltsverhandlungen haben die Pflegekräfte draußen in diesem Lande nicht nötig, und das brauchen sie auch nicht. Sie brauchen die Wertschätzung für ihre Profession. Diese Profession muss mit uns allen auf Augenhöhe kommunizieren. Dazu bedarf es einer Selbstverwaltung. Und diese Selbstverwaltung darf nicht am Tropf der Staatsregierung hängen, egal ob für die Vereinigung der Pflegenden 1 Million Euro oder 1,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesen 1,5 Millionen Euro schaffen Sie genau das, was Sie wollen. Sie schaffen es, dass sich die größte Berufsgruppe im Gesundheitssystem – ich spreche von 150.000 Pflegekräften – wieder nicht organisiert. Damit kann diese Berufsgruppe die politische Macht, die sie eigentlich hat, im Bereich der Politik nicht ausspielen. Davor haben Sie nämlich Angst.

Sie hätten es in der Hand, die beruflichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, wie das sinnvoll wäre. Ich verrate Ihnen ein Geheimnis: Dafür müssten Sie keinen einzi-

gen Cent aus dem Staatshaushalt ausgeben. Dazu würde es reichen, dass Sie endlich das Personalbemessungsinstrument im Landeskrankenhausgesetz verankern, wie wir das im Pflegevolksbegehren fordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr verehrte Staatsregierung, zum Schluss möchte ich Sie auffordern: Liefern Sie bitte endlich brauchbare Antworten auf eine der größten sozialen Fragen, die unsere Gesellschaft gerade betrifft. Sie alle kennen die Zahlen des demografischen Wandels. Ich sage Ihnen: Mit dem Pflege-Tausender laufen Sie blindlings gegen die Wand. Glauben Sie wirklich, dass diese 1.000 Euro unter dem Strich auch nur ein Problem wirklich lösen? – Ein solcher Haushalt wird weder von den Angehörigen noch von den Pflegebedürftigen oder den Pflegekräften unterstützt. Ich sage Ihnen eines: Von uns wird er erst recht nicht unterstützt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerald Pittner von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Schwerpunkt des Haushalts, über den ich jetzt spreche, liegt in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Pflege, Hospiz und Prävention. In diesen Bereichen wird viel Geld und Personal eingesetzt. Wir haben gerade die Zahl 1,4 Milliarden Euro gehört. Es gibt tausende Erkrankungen und Krankheitsbilder, aber nur eine Gesundheit. Dafür soll der Haushalt die notwendigen Mittel und das notwendige Personal zur Verfügung stellen. Die Gesundheit ist lebenswichtig. Wir haben gerade gehört, dass es sehr viele Menschen gibt, die sich an 365 Tagen im Jahr und 24 Stunden pro Tag, also rund um die Uhr, um Menschen kümmern, denen es schlecht geht oder die pflegebedürftig sind. Aufgrund der demografischen Entwicklung steigt die Zahl dieser Menschen immer weiter an. Den Pflegenden ein herzliches Dankeschön zu sagen, ist das Mindeste, was wir tun können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Natürlich können wir immer mehr fordern. Ich sage auch nicht, dass alles, was die Regierungsfractionen tun, ausreicht. Ein Danke kann aber nie falsch sein. Ich denke, darüber sind wir uns alle einig.

(Andreas Krahl (GRÜNE): Das müssen Sie auch den Angehörigen sagen!)

Viele Menschen kümmern sich mit viel Empathie und sozialer Kompetenz um diejenigen, die es nötig haben. In diesem Zusammenhang sind Pflegestützpunkte und Stammtische wichtig. Dort wird die Wertschätzung vermittelt, die den Menschen betrifft. Natürlich sind 1.000 Euro für die Pflege nicht der Weisheit letzter Schluss. Darüber kann man lästern. Entscheidend ist jedoch das Gesamtpaket. Wir sehen den Menschen, wir sehen die finanziellen Notwendigkeiten, und wir versuchen, das System Schritt für Schritt zu verbessern. Der Freistaat Bayern tut das mit diesem Haushalt.

Ich möchte einmal ein paar Stichpunkte anführen: Wir stellen in diesem Doppelhaushalt 120 Millionen Euro für Förderprogramme zur Verstärkung der Pflegeinfrastruktur zur Verfügung. Dadurch entstehen insgesamt 1.000 stationäre Pflegeplätze und 500 Kurzzeitpflegeplätze. Wir unterstützen auch die Familienpflege zu Hause. Das System kann auf die Dauer nicht funktionieren, wenn alle Menschen in stationäre Pflegeeinrichtungen gehen müssen. Mit zunehmendem Alter wird der Anteil dieser Menschen immer höher werden. Das werden wir nicht vermeiden können, da wir dank der medizinischen Entwicklung immer älter werden. Wir müssen aber bestrebt sein, dass die Menschen so lange wie möglich zu Hause wohnen können. Das wollen die Menschen im Übrigen zumeist auch selbst. Mit dem Geld im Haushalt sollen die dafür nötigen Strukturmaßnahmen finanziert und die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Neben den staatlichen Maßnahmen wird die Familienpflege der wichtigste Bereich sein. Das dafür aufgewendete Geld ist hervorragend angelegt. Auch die Verbesserung

des Pflegeberufsgesetzes war wichtig. Dafür stehen im Doppelhaushalt 45,8 Millionen Euro zur Verfügung. Natürlich könnte man sagen: Mehr wäre besser. Allerdings wurde der Ansatz massiv erhöht, was eine deutliche Verbesserung darstellt. Wir können nicht in einem Schritt alles machen.

Für die FREIEN WÄHLER ist die Entwicklung im ländlichen Raum ganz besonders wichtig. Die Mittel in Höhe von 25 Millionen Euro, die im Doppelhaushalt für die Verbesserung der Struktur der Krankenhäuser eingestellt wurden, sind ein zwar kleines, aber wichtiges Zeichen. Damit sollen die Mittel ausgeglichen werden, die den ländlichen Krankenhäusern über die Abrechnung nach dem DRG-System genommen wurden. Dafür ist übrigens nicht die Bayerische Staatsregierung, sondern die Bundesregierung zuständig. Nach diesem System werden kleine Krankenhäuser benachteiligt. Das wissen wir alle.

Zur Wahrheit gehört, dass der größte Teil der Mittel, nämlich 643 Millionen Euro, in den Einzelplan 13 eingestellt wurden. Wir wollen eine Landarztquote einführen. 7,6 % der Studierenden für Medizin sollen sich verpflichten, nach ihrem Studium eine Praxis im ländlichen Raum aufzumachen. Das ist ein hervorragendes Signal für die medizinische Versorgung und die Entwicklung des ländlichen Raums. 600 Euro sind dafür gut investiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Gleiche gilt für die Hebammen und die Geburtshelfer. Bei diesen Berufsgruppen haben wir im ländlichen Raum ein Problem, das wiederum auf das Abrechnungssystem zurückzuführen ist. Wir sind dieses Problem angegangen. Die Staatsregierung und die Koalition haben großartige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Sie stützen damit nicht nur die Pflege und die medizinische Versorgung, sondern gleichen damit auch die Lebensverhältnisse in den Metropolregionen und den ländlichen Räumen an. Das ist Zukunftspolitik für uns und Bayern. Wir sollten diesem Haushalt zustimmen, weil er ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Abgeordneter Andreas Winhart von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren dieser Tage über einen Haushalt, der nicht nur für den Staat, sondern auch für die Taschen der Bürgerinnen und Bürger Bayerns einen Rekord darstellt. Meiner Fraktion und mir ist ein sorgfältiger Umgang mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Um es zu kurz zu machen: Würden Sie dem Änderungsantragspaket der AfD-Fraktion zum Einzelplan 14, Gesundheit und Pflege, folgen, könnten Sie damit 35 Millionen Euro einsparen.

Zur Vollständigkeit: Wir haben Ihnen einen Vorschlag gemacht. Mit dem Ersparten könnten Sie 25 Millionen Euro in die kleinen Landkrankenhäuser investieren, die der Kollege von den FREIEN WÄHLERN gerade erwähnt hat. Dabei würde immer noch ein freies Budget von 10 Millionen Euro übrig bleiben, welches anderweitig besser verwendet werden könnte. Es könnte auch einfach mal in den Taschen der Bürger belassen werden.

Insgesamt umfasst der vorgelegte Haushalt viele unsinnige Budgetpositionen, welche man guten Gewissens streichen könnte. Beispielhaft ist das elektronische Polleninformationssystem zu nennen. Der Mehrwert einer solchen Maßnahme ist mehr als fraglich. Erst recht stellt sich die Frage, warum der Freistaat Bayern ein solches System überhaupt betreiben sollte, da es andere Anbieter gibt, beispielsweise den Deutschen Wetterdienst.

Im Allgemeinen beinhaltet der vorgelegte Einzelplan 14 zahlreiche Posten für Beratung, Studien und Öffentlichkeitsarbeit. Wenn man liest, welche enorme Aufwendungen für Berater eingeplant sind, könnte man fast denken, dass es der Haushalt des Bun-

desverteidigungsministeriums sei. Diesen Missstand muss man aus der Sicht der AfD-Fraktion aufheben. Wir haben hohes Vertrauen in die zahlreichen Mitarbeiter des Ministeriums gesetzt und werden das weiterhin tun. Daher denken wir, dass diese Studien auch vom Ministerium selbst erstellt werden können. Dieses hohen Berateraufwandes bedarf es nicht.

Wie bereits angekündigt, wollen wir auch mehr, und zwar bei den Landkrankenhäusern. Mit unserem Änderungsantrag wollen wir das Budget für die kleinen Landkrankenhäuser von den im Haushaltsentwurf veranschlagten 25 Millionen Euro im Jahr 2020 um weitere 25 Millionen Euro – aber bereits im Jahr 2019 – auf dann insgesamt 50 Millionen Euro erhöhen. Um zu erfahren, dass die Kliniken der Versorgungsstufe 1 dringend mehr Geld benötigen, braucht es übrigens keine Studien.

Geben Sie das Geld in die Fläche unseres Landes, an die kleinen und wohnortnahen Krankenhäuser, um die medizinische Versorgung auf dem Land aufrechtzuerhalten sowie kleine Krankenhäuser der Versorgungsstufe 1 auszubauen und zu renovieren. Die Kommunen und vor allem die Bürger werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der AfD)

Das Gleiche gilt für Ärztehäuser und Medizinische Versorgungszentren in den Kommunen. Eine wohnortnahe Versorgung ist wichtig für den Patienten, der nach Möglichkeit schnell versorgt werden will. Sie ist aber auch für die Angehörigen wichtig, welche dem Opa, der Oma, dem Kind, wem auch immer, Beistand leisten wollen und auf kurze Wege angewiesen sind. Fahren Sie einmal auf dem Land mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem Krankenhaus, das etwas weiter weg liegt. Das ist eine halbe Tagesreise. Aber der ÖPNV gehört zu einem anderen Einzelplan. – Nicht zuletzt sind kurze Wege für die zahlreichen Pflegekräfte, die Hebammen, die Ergotherapeuten und die Ärzte wichtig. Sie profitieren ebenfalls davon, wenn ein Krankenhaus gut zu erreichen ist. Wenn die Anschlussbehandlung des Patienten in einem Krankenhaus stattfindet, profitiert auch er von der Wohnortnähe.

Denken Sie auch an unsere werdenden Mütter: 39 Geburtsstationen haben in den letzten zehn Jahren in Bayern geschlossen. Zahlreiche weitere sind von der Schließung bedroht. Mit dem von uns vorgeschlagenen Budget wäre es möglich, einige dieser Stationen wiederzueröffnen oder fortzuführen. Das wäre auch mit Blick auf unsere Neubürger hilfreich; sie haben bekanntlich eine relativ hohe Geburtenrate.

(Unruhe bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Man kann sich Beispiele aus dem Internet heraussuchen. Der "Münchner Merkur" berichtete am 7. Januar 2018 davon, dass eine hochschwangere 22-Jährige vom Kreisklinikum Weilheim abgewiesen wurde und dann bei winterlichen Temperaturen mit Eis und Schnee in das nächste Krankenhaus nach Schongau fahren musste. Transportiert wurde sie aber nicht von einem Rettungswagen, sondern sie musste privat nach Schongau fahren.

Am 3. Mai 2018 berichtete die "tz" davon, dass ein 89-Jähriger einen Schlaganfall erlitten hatte. Weder im Klinikum Großhadern noch bei den "Barmherzigen Brüdern" war ein Platz für ihn frei, sodass die Behandlung, das heißt die Lyse, erst mit deutlicher Verspätung im Klinikum Rechts der Isar eingeleitet werden konnte. – Darauf können wir nicht stolz sein. Die CSU behauptet immer, näher am Menschen zu sein, und das, wie die Kanzlerin behauptet, in einem Land, in dem wir gut und gerne leben. Die Realität in Sachen Gesundheit ist in Bayern eine andere.

(Beifall bei der AfD)

Dass die medizinische Versorgung auf dem Land etwas krankt, haben mittlerweile fast alle in diesem Haus verstanden. Weisen Sie jetzt auch die Haushaltsmittel dorthin, wo sie benötigt werden! Unterlassen Sie unsinnige Projekte wie das elektronische Polleninformationssystem! – In diesem Sinne bitten wir um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, 25 Millionen Euro mehr für die Landkrankenhäuser bereitzustellen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat die Abgeordnete Ruth Waldmann von der SPD.

Ruth Waldmann (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltszahlen, die wir vorhin gehört haben, hören sich erst einmal großartig an. In der Tat ist manches auf einem guten Weg. Aber es gibt halt noch eine ganze Menge Baustellen im Bereich der Gesundheitsversorgung in Bayern. Auch darüber müssen wir hier reden.

Gestern fanden in vielen Städten Bayerns Ärztestreiks statt. Sie standen unter dem Motto: "Nur gesunde Ärzte können kranke Menschen gesund machen!" Viele junge Ärztinnen und Ärzte, vor allem aus den Kliniken, arbeiten dauerhaft am Rande oder deutlich über ihrer Belastungsgrenze. Sie müssen ständig zusätzliche Schichten bewältigen, gerade nachts und am Wochenende. Stichworte auf den gestrigen Demos waren "Halbtot in Weiß" und "Mathe für Ärzte: Von 8 bis 8 macht 8 Stunden."

Gestern ging es insbesondere um die kommunalen Kliniken. Am Montag fand ein Fachtag der kommunalen Kliniken in Beilngries statt. Dort haben wir gehört, dass es darüber hinaus einen sehr dramatischen Ärztemangel gibt. Wie dramatisch er ist, wurde uns dort noch einmal dargelegt, insbesondere unter Bezugnahme auf die Nachwuchsfrage. Der Ärztemangel könnte wirklich bedrohliche Ausmaße annehmen.

Gleichzeitig ist in Bayern das Volksbegehren "Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern" anhängig. Vor dem Verfassungsgerichtshof muss jetzt geklärt werden, ob es in allen Punkten juristisch zulässig ist. Das liegt insbesondere an einer Frage. Es ist vielleicht nicht ganz verstanden worden, dass die Personalbemessung, die wir vorschlagen, nicht das Gleiche ist wie eine Personaluntergrenze. Egal, wie es vor Gericht ausgeht: Dieses Volksbegehren hat mit über 100.000 Unterschriften die erste Hürde genommen. Das sind deutlich mehr als beim Volksbegehren für den Artenschutz "Rettet die Bienen". Das Thema ist da, ob es per Volksbegehren oder mit

anderen Instrumenten angegangen werden muss. Der Pflegenotstand an bayerischen Krankenhäusern ist Realität. Das wissen die Menschen. An der Behebung müssen wir mit allen Kräften arbeiten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch nicht unbekannt ist das Drama der fehlenden Haus- und Fachärzte im ländlichen Raum; auch Kinderärzte fehlen. Selbst in den Ballungszentren funktioniert es noch nicht mit der Verteilung.

Wir haben, auch bedingt durch die demografische Entwicklung, enormen Bedarf an medizinischer Versorgung und pflegerischen Leistungen. Dieser Bedarf wird steigen. Deshalb brauchen wir wirkliche Strategien und Konzepte, eine echte Krankenhausplanung.

Jetzt bin ich bei unserem Haushaltsantrag. Ein zentraler Punkt ist die Investitionsförderung für die Krankenhäuser in Bayern. Ein großer Teil der Kliniken verzeichnet ein negatives Betriebsergebnis – Tendenz: Steigend! Das Defizit hat sich in den Jahren 2010 bis 2013 sogar verdoppelt. Ein großer Investitionsstau ist da. Für die Finanzierung dieser Investitionen ist der Freistaat Bayern zuständig. Die Experten sagen uns: Rund die Hälfte der Investitionskosten in den Krankenhäusern muss de facto aus Pflegesätzen und Vergütungen für medizinische und sonstige Leistungen erbracht werden. Dafür sind diese Mittel aber nicht gedacht. Finanziert werden sollen damit unter anderem genügend Ärzte und Pfleger. Dafür fehlt dann wieder das Geld. Die Zweckentfremdung der DRG-Mittel führt zu einem enormen Kostendruck, am Ende übrigens auch zu einer beschleunigten, unstrukturierten Privatisierung im Bereich der Krankenhäuser.

Wir müssen die Investitionsmittel für die Krankenhäuser dringend steigern. Der Bedarf in Bayern liegt bei ungefähr 1 Milliarde Euro jährlich. Deshalb sage ich: Die Zahlen, die wir vorhin gehört haben, klingen gut. Wir müssen die Zahlen aber immer am Bedarf messen. Wenn einfach nur Millionenbeträge genannt werden, sagt das noch

nichts über die Versorgung hier in Bayern aus. Deshalb bitte ich Sie dringend, unserem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde nicht müde, darauf hinzuweisen – es ist vorhin schon gesagt worden –, dass die pflegenden Angehörigen der größte Pflegedienst der Nation sind. Wir müssen sie dringend unterstützen. Eine der wichtigsten Unterstützungsmaßnahmen ist und bleibt die Beratung. Leider müssen wir immer noch für Pflegestützpunkte kämpfen. Darauf bezieht sich auch heute einer unserer wichtigsten Haushaltsanträge.

Seit 2009 werden uns 60 Stützpunkte versprochen; nur neun gibt es in Bayern. Nach dem, was man hört, sind die Verhandlungen im Moment schwierig. Die einen sagen: Wir haben keinen Landesrahmenvertrag. Deshalb können wir keine Förderrichtlinie entwickeln. – Die anderen sagen: Wir haben keine Förderrichtlinie. Deshalb kommen wir nicht zu einem Landesrahmenvertrag.

Wenn es so weitergeht, können wir weitere zehn Jahre auf neue Stützpunkte warten. Wir können auf diese Stützpunkte aber nicht verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch eines: Wir, die SPD, hatten durch beharrliche Interventionen durchsetzen können, dass die Staatsregierung eine Bedarfs- und Standortanalyse in Auftrag gegeben hat. Beauftragt wurden Prognos und das Kuratorium Deutsche Altershilfe. Das Ergebnis ist eine gute Studie; es ist wirklich gute Arbeit geleistet worden. Leider ist die Studie erst nach der Wahl veröffentlicht worden.

Teil der Studie sind Konzeptbausteine und Handlungsempfehlungen. Diese haben wir unserem Antragspaket zugrunde gelegt. Mit den Beteiligten und Betroffenen wurde intensiv gesprochen. Es geht darum, die Empfehlungen auch umzusetzen. Diese Anträge sind von der Regierungskoalition samt und sonders abgelehnt worden – alle! Die

Regierungskoalition zieht anscheinend keine Konsequenzen aus dieser teuren, intensiv recherchierten, wirklich guten Studie.

Der Gipfel war, wie Sie auf unseren Berichtsantrag im Ausschuss reagiert haben. Wir haben gesagt: Wenn die Staatsregierung schon keine der vorgeschlagenen Empfehlungen aufgreifen will, dann bitten wir sie um einen Bericht, welche Schlussfolgerungen sie denn aus dieser von ihr selbst in Auftrag gegebenen Studie ziehen, das heißt, was sie demnächst machen will. Noch nicht einmal dieser Berichterstattung wollten Sie im Ausschuss zustimmen.

Wir werden nicht müde, jedes Mal wieder zu fordern, dass die Pflegestützpunkte in Bayern flächendeckend ausgebaut werden. Besser, Sie stimmen jetzt irgendwann einmal zu, sonst müssen Sie das noch zwanzig Mal von mir hören.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat der Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion. Bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Wir sprechen heute von einem Ausgabenvolumen im Jahr 2019 von 721 Millionen Euro. Das klingt nach sehr viel Geld. Allerdings sind es nur 1,11 % des gesamten Staatshaushalts, die Ihnen der Einzelplan 14 und damit die Gesundheit Ihrer Bürgerinnen und Bürger wert sind. Für die großen Herausforderungen, die vor uns liegen, ist das zu wenig.

Ausgaben und Investitionen sollen immer vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit geprüft werden. Anstatt das Ihnen anvertraute Geld für notwendige Maßnahmen auszugeben, wird aber leider häufig nur Symbolpolitik mit wenig Nutzen betrieben. Sie dürfen jedoch nicht nur an den Symptomen herumdoktern, sondern wir sollten gemeinsam die Krankheiten heilen.

Das beste Beispiel für Ihre Symbolpolitik ist das bayerische Landespflegegeld. Jeder Pflegebedürftige in Bayern über Pflegegrad 2 erhält vom Freistaat pro Jahr 1.000 Euro. Das Landespflegegeld macht mit 400 Millionen Euro im Haushalt des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege ganze 63,7 % aus. Damit fließen fast zwei Drittel der Gelder, über die wir hier sprechen, ohne Bedarfsprüfung ins bayerische Pflegegeld – eines Ihrer Wahlgeschenke. Es war auch reiner Zufall, liebe CSU, dass mit der Auszahlung der Leistungen kurz vor der Landtagswahl begonnen wurde. Natürlich wird geschenktes Geld gerne genommen. Wer würde das nicht tun? – Das Landespflegegeld löst jedoch keines unserer Probleme in der Pflege. Diese bedarfsunabhängige Leistung bietet keine wirkliche Entlastung der Pflegebedürftigen und führt zu keiner angemessenen Anerkennung der Leistung von Angehörigen. Dafür sind 1.000 Euro im Jahr deutlich zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Das Landespflegegeld ist weder bedarfsgerecht noch generationengerecht noch auf irgendeine Weise sinnvoll. Regelmäßig befassen wir uns im Gesundheitsausschuss mit Petitionen, in denen Angehörige die Bürokratie des Pflegegelds beklagen. Das Landesamt für Pflege ist aktuell hauptsächlich damit beschäftigt, diesen Wahnsinn zu verwalten, anstatt sich um das Wesentliche – eine Strategie gegen den Pflegenotstand in Bayern zu finden – zu kümmern.

Haben Sie eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, wie sich die Belastungen des Landespflegegeldes weiterentwickeln? In den nächsten Jahren rollt eine Welle von Menschen mit Pflegebedarf auf uns zu. Bis 2030 haben wir im Freistaat geschätzt eine halbe Million Pflegebedürftige. Die allermeisten werden einen Pflegegrad haben, der höher oder gleich 2 ist. Das verursacht einen Anstieg der Kosten bis 2030 in Höhe von circa 490 Millionen Euro. Wie die Lage in 20 oder 30 Jahren aussieht, will ich mir gar nicht vorstellen. Klar ist jedoch: Es wird nicht günstiger.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich gönne jedem Menschen in unserem Freistaat diese 1.000 Euro. Wenn aber die nachfolgenden Generationen überdurchschnittlich belastet werden und keine sinnvollen, nachhaltigen Investitionen damit verbunden sind, kann ich dem wenig Gutes abgewinnen. Durch Ihre Politik bleiben uns nicht mehr die finanziellen Spielräume, um die wirklich drängenden Herausforderungen anzugehen. Was hätte nicht alles mit 400 Millionen Euro gemacht werden können?

Sie könnten die Investitionen für die Digitalisierung im Gesundheitswesen von aktuell 25 Millionen Euro um einen Faktor von 16 steigern. Das würde unserem Gesundheitswesen endlich einen kräftigen Schub nach vorne geben, der bitter nötig ist, um die Herausforderungen der Zukunft stemmen zu können.

Sie könnten das Geld für die Beratung von pflegenden Angehörigen ausgeben. Aktuell sind es gerade einmal 1,5 Millionen Euro. Mit 400 Millionen Euro jährlich ließen sich circa 20.000 Fachstellen für pflegende Angehörige finanzieren. Aktuell haben wir nur rund 100 Fachstellen in Bayern.

Sie könnten auch endlich einmal etwas beim Thema Demenz bewegen. Die Anzahl der Menschen mit Demenz wird in Bayern bis 2036 auf voraussichtlich 340.000 Erkrankte steigen. Das ist eine besondere Herausforderung für die Angehörigen und für die Leistungserbringer. Ein Lösungsweg: Sie könnten zum Beispiel zwölf Demenzdörfer für jeweils 128 Menschen, also insgesamt 1.536 demenziell Erkrankte, bauen – und das pro Jahr. Aktuell stellen wir für die Bayerische Demenzstrategie und den Demenzfonds zusammen insgesamt 800.000 Euro pro Jahr zur Verfügung.

Es gibt allerdings noch mehr Themen in diesem Haushalt, bei denen man sparen könnte. Stellvertretend ist hier die Rüge des Bayerischen Obersten Rechnungshofes an der Landarztprämie zu nennen. Der ORH hat bemängelt, dass die Niederlassung für Landärzte auch in tendenziell überversorgten Gebieten mit maximal 60.000 Euro honoriert wurde.

Sehr geehrte Frau Ministerin Huml, Sie berichten immer wieder über Dankesschreiben, die Sie von Beziehern des Landespflegegeldes erreichen. Alles recht und gut. – Ich hätte mir gewünscht, dass Sie vom Arzt berichten, der sich für den schnellen Bürokratieabbau bedankt, vom Landarzt, der endlich eine Nachfolge für seine Praxis gefunden hat, von der Krankenschwester, die keine Überstunden mehr machen muss, und von dem Auszubildenden in der Krankenpflege, der Ihnen über die Wertschätzung in der Bevölkerung berichtet.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte mir gewünscht, dass Ihnen der Abiturient schreibt, der nun ohne NC mit Medizinerstatus sein Traumstudium in Bayern beginnen kann. Ich hätte mir gewünscht, dass Ihnen eine Bürgerin aus zum Beispiel Hersbruck dankt, dass das Krankenhaus vor Ort nicht geschlossen werden muss. Ich hätte mir gewünscht, dass Ihnen die Hebamme aus München schreibt, die endlich nicht mehr jede zweite Mutter ablehnen muss, weil es nun genügend Personal in der Geburtshilfe gibt. Abschließend hätte ich mir gewünscht, dass Ihnen eine fürsorgliche Mutter dafür dankt, dass Sie die historische Chance genutzt haben, um sich für die Impfpflicht gegen Masern einzusetzen, da ihr Kind nicht geimpft werden kann.

(Beifall bei der FDP – Beifall des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Das alles sind offene Baustellen in der bayerischen Gesundheitspolitik, die Sie entweder ignorieren oder mit Symbolpolitik überdecken. Wir Freie Demokraten werden alles daransetzen, Sie an Ihre Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen und den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land zu erinnern und mit konstruktiven Anträgen einen alternativen Weg aufzuzeigen.

(Beifall bei der FDP – Beifall des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. Herr Spitzer, Sie können am Pult bleiben. – Der Kollege Holetschek hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Holetschek, bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Kollege Dr. Spitzer, Ihre Fraktion hat in Berlin zweimal den Gesundheitsminister gestellt, und Gesundheitspolitik ist tatsächlich Sache des Bundes. Deshalb hätten Sie damals schon sehr viel von dem richten können, was Sie jetzt angesprochen haben. Ich muss Ihnen sagen, ich kann das überhaupt nicht nachvollziehen, weil Bayern in diesem schwierigen Feld durch Programme, mit denen es mehr als andere Bundesländer tut, viele Akzente gesetzt hat.

Ich finde es schon fast menschenverachtend, wie Sie das Landespflegegeld hier kritisieren;

(Albert Duin (FDP): Oh!)

das muss ich Ihnen wirklich sagen. Ist einer, der gepflegt wird, weniger wert als der andere? Brauchen wir da eine Bedarfsprüfung? Wir sprechen von Vereinfachung. Wir wollen, dass die Dinge bei den Menschen ankommen. Genau das erreichen wir mit dem Landespflegegeld, und der Antrag ist wirklich unbürokratisch und einfach. Sie stellen hier Dinge dar, die aus meiner Sicht nicht vergleichbar sind. Sie vergleichen Äpfel mit Birnen, und Sie tun den Menschen in diesem Land keinen Gefallen.

Das Landespflegegeld ist eine Leistung, die ausschließlich Bayern erbringt. Es ist für die Menschen da, die gepflegt werden, und auch für die pflegenden Angehörigen – eine Form der Wertschätzung, die wir in diesem Haus immer wieder erbringen können und müssen. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie den Pflegekräften heute für ihren Einsatz gedankt und ihnen Respekt gezahlt hätten. Das hätten Sie machen sollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Spitzer, bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Holetschek, zum ersten Punkt: Ich finde es immer spannend, wenn auf die Vergangenheit zurückgeblickt wird. Keiner unserer Landtagsabgeordneten der FDP war damals in Amt und Würden und hatte hier Verantwortung zu tragen. Wir sind eine neue Generation. Die FDP hat sich nicht umsonst erneuert und neue Themen auf den Weg gebracht. Sie haben Beauftragte installiert, Sie selbst sind ein Beauftragter und partizipieren von diesem System. Darauf möchte ich nicht weiter eingehen.

Zum zweiten Punkt, zum Landespflegegeld. Ich habe wiederholt erwähnt, dass es sich dabei um eine bedarfsunabhängige Leistung handelt. Wenn sie vom Landespflegegeld Reisen bestreiten, den Friseur bezahlen oder wenn Sie das Geld für alltägliche Leistungen ausgeben, dann ist unserer Pflege – wir haben einen massiven Pflegenotstand – damit nicht geholfen.

Natürlich kann ich wie hier üblich eine Dankesrede für alle Gruppierungen halten. Das hilft uns aber nichts. Wir müssen die Probleme lösen und dürfen nicht nur Danke sagen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Spitzer, bleiben Sie bitte noch am Pult. Der Kollege Dr. Fabian Mehring hat sich zu einer weiteren Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Spitzer, eine Anregung und eine Frage. Zunächst die Anregung: Seit drei Tagen muss ich mit Staunen zur Kenntnis nehmen, dass uns, den regierungstragenden Fraktionen, unter der Überschrift "Wahlversprechen" dauernd vorgeworfen wird, dass wir Wort halten. Vielleicht wäre es sinnvoll, einmal darüber nachzudenken, dass es in der Politik ein Prädikat sein könnte, wenn man vor Wahlen etwas verspricht und das Versprechen nach den Wahlen einhält. Das ist nach meiner festen Überzeugung kein Grund für Kritik, sondern das ist ein

Indikator für Vertrauenswürdigkeit und Glaubwürdigkeit von demokratischen Fraktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Frage, Herr Kollege Spitzer: Können wir nach Ihrer heutigen Rede vor dem Hohen Haus zu Protokoll geben, dass die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag vorbehaltlos für die Abschaffung des Landespflegegelds plädiert? Will sie also die Freiheit, die wir für die Menschen, die zu Hause Angehörige pflegen, schaffen, zurücknehmen? Wenn das nämlich der Fall wäre, würde ich Ihnen viel Freude mit den Briefen wünschen, die Sie dann bekommen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Wir wiederholen uns jetzt. Dieses Landespflegegeld geht am Ziel vorbei.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wollen Sie es abschaffen oder nicht?)

– Das kommt schon noch. Lassen Sie mich noch ein bisschen reden. – Wir haben andere größere Themen zu bestreiten. Natürlich kann ich mir vorstellen, dass der eine oder andere Bürger mit diesem Geld sehr gut leben kann und dass er auf dieses Geld sehr ungern verzichten möchte. Wir würden aber dieses Landespflegegeld abschaffen wollen. Dazu stehen wir. Wenn hier eine Mehrheit zu finden ist, werden wir es auch abschaffen. Das werden wir nach außen kommunizieren können. Wir werden es auch vertreten. Auch der Bürger wird verstehen, dass es nicht notwendig ist, Geld zu verschenken, sondern dass es für die richtigen Aufgaben eingesetzt werden muss.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da helfen wir Ihnen sehr gerne bei der Kommunikation!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Dr. Spitzer. Sie können jetzt gehen. – Der nächste Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! "Sie können jetzt gehen", ist nach dieser Rede eine gute Aussage. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschließen heute rund 1,4 Milliarden Euro im Doppelhaushalt für dieses und das nächste Jahr für das Gesundheits- und Pflegeministerium. Das sind hohe Finanzmittel, die den Menschen in Bayern direkt zugutekommen. Sie ermöglichen einen großen Schritt in Richtung unseres Ziels einer gleichermaßen in Stadt und Land flächendeckenden Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen Leistungen, mit stationären Leistungen, mit Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, mit Leistungen von Reha- und Pflegeeinrichtungen und mit Leistungen der Apotheken. Diese Finanzmittel ermöglichen eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ und präventiv hochwertige Versorgung.

Das ist der Sinn dieser 1,4 Milliarden Euro. Ich bin dankbar für jeden Cent und froh auch darüber, dass diese 1,4 Milliarden Euro noch nicht alle Ausgaben für das Gesundheitswesen darstellen. Hinzu kommen 1,3 Milliarden Euro für die Investitionskostenförderung für die Krankenhäuser. Hinzu kommen 46 Millionen Euro für den Gesundheitsbonus. Die Regierungsfractionen haben übrigens noch eine Million zusätzlich dazugegeben, weil uns die Schulgeldfreiheit für die Heilmittelerbringer so wichtig ist. Hinzu kommen die Kosten, die die Ausbildung der Leistungserbringer verschlingt. Diese Mittel sind im Wissenschaftshaushalt und im Kultushaushalt veranschlagt. Damit soll die Ausbildung von Ärzten, von Apothekern, von Hebammen, von Logopäden und so weiter finanziert werden. All das kommt noch hinzu. Diese mehreren Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre sind eine tolle Visitenkarte für das gesunde und menschliche Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Sie sind ein guter Kapitalstock, um die Themen voranzubringen, die die Menschen in unserem Land wie kaum andere wirklich bewegen. "Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts". Das hat schon Arthur Schopenhauer gewusst. Wir können diesen Ausspruch noch erweitern – lassen Sie mich das tun: Ohne menschenwürdige Pflege ist erst recht alles nichts, und genau dafür werden diese 1,4 Milliarden eingesetzt. Das ist uns Auftrag, Ansporn und Motivation, denn mit diesen Finanzmitteln, die wir heute beschließen werden und in anderen Einzelplänen bereits beschlossen haben, können und werden wir diese großen Aufgaben lösen.

Eine Aufgabe ist der Kampf gegen den Fachkräftemangel. Das Wichtigste sind die Menschen, das Wichtigste ist die Menschlichkeit. Der Fachkräftemangel bei den Ärzten und die Gegenmittel Landarztquote, Landarztprämie und Niederlassungsförderung sind genannt worden. Zum Pflegekräftemangel haben wir hier im Hohen Haus im September 2018 viele Vorschläge gemacht, wie wir ihn abmildern können. Um dem Fachkräftemangel bei den Hebammen zu begegnen, haben wir den Hebammenbonus, die Niederlassungsförderung für die Hebammen und das Zukunftsprogramm Geburtshilfe geschaffen. Auch den Heilmittelerbringern wollen wir mit der Schulgeldfreiheit helfen. Ich habe es schon erwähnt.

Liebe Frau Waldmann, Sie haben erst am Montag in Beilngries vom Ärztemangel erfahren.

(Widerspruch der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

– Sie haben gerade gesagt, Sie haben am Montag vom Ärztemangel in Beilngries erfahren.

(Harald Güller (SPD): Das ist doch unterste Schublade!)

Wir kämpfen dagegen seit Jahren. Wir schaffen Studienplätze in Augsburg und in Bayreuth. Wir handeln seit Jahren. Das bitte ich doch zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

– Sie haben es so gesagt, ich höre halt genau zu. – Wir werden die Gesundheit stärken. Die zweithäufigste Todesursache sind die Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dafür werden wir 300 zusätzliche Defibrillatoren beschaffen. Wir werden ein Defi-Kataster in Auftrag geben,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

damit wir auch wissen, wo die Defibrillatoren im Falle des Falles zu finden sind.

Die künftig zweithäufigste Todesursache werden die Antibiotikaresistenzen, also entzündliche Erkrankungen, sein. Dazu werden wir eine Studie finanzieren, die in Nürnberg erstellt werden soll, um Antibiotikaspiegelbestimmungen zu ermöglichen und multiresistente Keime besser bekämpfen zu können als bisher.

Die häufigste Todesursache ist Krebs. Für das Zentrum für Krebsforschung sind die Mittel bereits gestern im Einzelplan 15 beschlossen worden. Auch das Bayerische Krebsregister soll uns hier helfen. Krebs ist die Krankheit, vor der die Menschen am meisten Angst haben. Das hat eine Umfrage der DAK vom Oktober 2018 ergeben.

Die zweite Krankheit, vor der die Menschen Angst haben, ist dann schon die Demenz. Das muss die Politik ernst nehmen, und sie nimmt es auch ernst. Lieber Herr Dr. Spitzer, gegen die Demenz tun wir enorm viel. Sie haben den Demenzfonds mit immerhin 800.000 Euro genannt. Eine Million kommt jetzt noch einmal dazu. Die Woche für Demenz ist für dieses und nächstes Jahr abgesichert. Wir haben einen Demenzpreis und die Fachtage Demenz. Mit "digiDEM" haben wir ein digitales Demenzregister, mit dem wir den Bayerischen Demenz Survey weiterführen. All das tun wir, um die Teilhabe von Menschen mit Demenz an der Gesellschaft zu fördern. All das ist uns sehr wichtig.

Herr Dr. Spitzer, Sie haben die Impfpflicht angesprochen, die ich noch einmal aufgreifen möchte. Sie haben gesagt, Sie wollen Dankesbriefe an die Ministerin, mit denen eine Mutter dafür dankt, dass ihr Kind geimpft werden kann. Sie sind doch selber Hausarzt. Sie können ein Kind impfen. Das Problem ist nicht, dass wir keine Impfstoffe

hätten, sondern das Problem ist, dass viele Leute ihre Kinder, warum auch immer, nicht impfen lassen, entweder weil sie es notorisch verweigern oder weil sie nicht daran denken. Um diese Leute geht es bei der Impfpflicht. Natürlich können und sollen Kinder geimpft werden. Das haben Sie falsch dargestellt. Zu 97 % werden die Kinder bei der ersten Impfung auch gegen Masern geimpft.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in Bayern schwören auf Naturheilkunde, auf komplementärmedizinische Verfahren. Deswegen haben wir eine Studie in Auftrag gegeben, um die integrative Medizin auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen, um evidenzbasiert zu überprüfen und die Wirkung im besten Fall auch nachzuweisen.

Die Rekordinvestitionen in die Krankenhäuser sind bereits dargestellt worden. Wir wollen die duale Finanzierung beibehalten; die Betriebskosten sollen durch die Krankenkassen vollständig übernommen werden, die Investitionskosten durch den Freistaat getragen werden. Wir haben eine vollständige Refinanzierung der Tarifsteigerungen für den Pflegebereich durchgesetzt. Das brauchen wir auch im Verwaltungsbereich und im Bereich der ärztlichen Versorgung.

Jetzt gab es in der Debatte eine interessante Kombination. Es gab eine seltsame Koalition zwischen Herrn Krahl von den GRÜNEN und Herrn Dr. Spitzer von der FDP, die sich beide einig waren, dass das Landespflegegeld abgeschafft gehört. Auf Bundesebene sind Sie nicht zusammengekommen, aber hier in Bayern wollen Sie den Menschen das Leben schwer machen. Sie, Herr Dr. Spitzer, haben vorhin – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen; ich habe mir das aufgeschrieben – von Wahnsinn geredet, der verwaltet werde. Das sei keine sinnvolle Investition. Sie haben für die Abschaffung des Landespflegegeldes plädiert. Herr Krahl hat von einer Verschleuderung von Geld gesprochen. Wenn wir 1.000 Euro für Menschen ausgeben, die unser Land aufgebaut haben, die jetzt in einer Notlage sind und den Pflegegrad 2 haben, und Sie

dann von einer Verschleuderung sprechen, dann ist das eine verbale Ohrfeige, die ich nicht ertragen kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sprechen immerhin von einer Rentenerhöhung von etwa 10 % für alle Pflegebedürftigen. Es ist ein unglaublicher Vorgang, den wir heute hier erlebt haben.

Sie haben gefragt, was wir hätten machen können. Sie zählen auf, wofür wir zu viel Geld ausgeben. In anderen Bundesländern wird dargestellt, in welchen Bereichen zu wenig Geld ausgegeben wird. Gegenüber diesen müssen wir im Luxus leben. Ihre Redebeiträge haben gezeigt, wie sehr unser Haushalt die richtigen Prioritäten setzt.

(Beifall bei der CSU)

Ein größeres Lob kann man uns eigentlich – aber da muss man schon um die Ecke denken – gar nicht aussprechen.

Der Einzelplan 14 ist zwar ein kleiner Einzelplan, der in den letzten Jahren gewachsen ist, gerade durch das segensreiche Landespflegegeld, aber er ist sicherlich einer der wichtigsten Einzelpläne eines Fachministeriums. Es handelt sich um ein Ministerium, das bei den elementaren Lebensbereichen ansetzt, wo die Menschen im Mittelpunkt stehen, ein Ministerium, das durch den demografischen Wandel immer wichtiger wird und dessen Themen die Menschen besonders bewegen. Es geht um die Frage, wie man möglichst lange gesund bleibt, wo man im Krankheitsfall die optimale Versorgung bekommt, wie man würdevoll bis zum Lebensende mit viel Lebensqualität leben kann. Deswegen möchte ich am Ende meines Beitrags der Gesundheitsministerin Melanie Huml für ihr einfühlsames Wirken für die Betroffenen danken. In diesen Dank schließe ich ausdrücklich alle Beschäftigten des Ministeriums an den beiden Standorten in München und Nürnberg ein.

(Beifall bei der CSU sowie der FREIEN WÄHLER)

Ich danke dem Berichterstatter Harald Kühn, dem Haushaltsausschussvorsitzenden Josef Zellmeier, allen Kolleginnen und Kollegen im AK, Klaus Holetschek und Kollegen. Jeder einzelne Cent in diesem Haushaltsplan ist gerechtfertigt und gut angelegt. Wir werden ihn deshalb aus Überzeugung und mit Freude beschließen. Ich bitte auch Sie, das zu tun; denn der Mensch steht im Mittelpunkt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Bernhard Seidenath (CSU): Mein letzter Satz, Herr Präsident: Die Menschen brauchen unsere Unterstützung und die Gelder aus dem Staatshaushalt, so wie wir es vorschlagen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion gemeldet. Bitte, Herr Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Seidenath, ich spare mir eine Frage zum Landespflegegeld, weil das, wie ich denke, Herr Kollege Krahl übernehmen wird. Ich möchte kurz auf die Äußerung zur Impfflicht zurückkommen. Sie haben die 97 % erwähnt. Dabei handelt es sich um die Erstimpfung gegen Masern. Bei der zweiten Impfung liegen wir darunter. Wir sind aber historisch nahe an der Möglichkeit, diese Krankheit auszurotten. Glauben Sie nicht, dass es sinnvoll wäre, jetzt eine Impfflicht einzuführen, um diese gefährliche Krankheit endgültig auszurotten?

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Dr. Spitzer, wir werden in der nächsten Woche über diese Frage im Ausschuss aufgrund Ihres Antrags lange diskutieren. Es gibt da Für und Wider. Die Frage ist, wie man die Impfflicht umsetzt. Sie können ja nicht fünf Polizeibeamte holen, die einen zu Impfenden nehmen, wobei zwei ihn an den Händen und zwei ihn an den Füßen halten und der Fünfte zusticht.

(Zuruf von der SPD: So ein Schmarrn!)

Ich will das nur sagen. Wir werden darüber sprechen. Mein Vorschlag wird sein, dazu eine Anhörung anzuberaumen. Unser Ziel ist klar – darin sind wir uns einig –, nämlich dass wir die Durchimpfungsraten weiter erhöhen müssen. Es gibt übrigens außer den Masern noch andere Krankheiten.

Da ich noch eine halbe Minute Redezeit habe, möchte ich auf Herrn Winhart eingehen, der in seinem Beitrag über das Polleninformationssystem gewettert hat. Ich bitte Sie herzlich, Herr Winhart: Schauen Sie sich das erst einmal an, bevor Sie den Stab darüber brechen. Das ist nicht nur ein Beitrag zur Klimaforschung, sondern vor allem ein wichtiges Tool für Allergiker.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine Fortsetzung der Rede!)

– Das darf ich doch. – Die Allergiker brauchen das dringend. Sie sind froh über die Möglichkeiten des neuen elektronischen Polleninformationssystems.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Krahl von den GRÜNEN gemeldet. Bitte schön, Herr Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Seidenath, Sie haben das Landespflegegeld erwähnt. Sie haben sehr plakativ geschildert, wie wichtig es für die Menschen sei, die dieses Land aufgebaut hätten. Der Ministerpräsident meint, die Abschaffung des Pflegegelds, die die FDP und wir fordern, sei menschenunwürdig. Ich möchte nachfragen, wie es denn mit der Würde der Menschen bestellt ist, die tagtäglich alle vier Stunden ihre Angehörigen von der linken Seite auf die rechte Seite lagern, die tagtäglich die Ernährungsaufnahme ihrer Angehörigen sicherstellen und die sich tagtäglich um deren Inkontinenzprobleme kümmern. Das alles findet in diesem Haushalt keine Berücksichtigung. Sie sagen vielmehr: 1.000 Euro für alle; damit lösen wir alle Probleme. – Wie ist das mit der Würde dieser Menschen vereinbar?

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Bernhard Seidenath (CSU): Mit den 1.000 Euro sind nicht alle Probleme gelöst. Es gibt noch viele andere Punkte, die im Einzelplan 14 enthalten sind. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben natürlich für die pflegenden Angehörigen viele weitere Verbesserungen. Wir entlasten sie durch Tages- und Nachtpflegeangebote, durch Förderung der Kurzzeitpflege, durch die Förderung von Pflegestützpunkten, für die wir 1 Million Euro geben. Ich bitte Sie, das einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Im Einzelplan 14 geht es nicht nur um das Landespflegegeld. Sie sollten weiterlesen. Es gibt viele andere Punkte. Wir fördern ein Pflegeübungszentrum, das meine Fraktion in Rhön-Grabfeld ermöglicht hat. Wir haben es in Mellrichstadt in der vorletzten Woche eröffnet. Wir fördern für dieses Pflegeübungszentrum ein Pflegemobil. Wir wollen auch bezahlbaren Wohnraum für professionell Pflegende durch ein Modellprojekt in Dachau fördern.

Was Sie, Herr Krahl, vorhin gesagt haben, geht an der Realität total vorbei. Sie hätten uns sagen sollen, wofür das Geld tatsächlich gebraucht wird. Wir haben die Antworten mit unserem Haushalt gegeben. Das betrifft auch die Themen Digitalisierung, Robotik usw. Ich bitte Sie einfach, den Einzelplan 14 in Gänze zu lesen. Jetzt reicht die Zeit nicht, um weitere Nachhilfe zu erteilen. Wir können das aber gern in einem bilateralen Gespräch machen.

(Beifall bei der CSU – Andreas Krahl (GRÜNE): Noch einmal meine Rede nachlesen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Seidenath. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Haubrich vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erinnern Sie sich an die Osterfeiertage? Wahrscheinlich haben Sie sie im Kreise Ihrer Familie verbracht. Das kann sehr anstrengend sein, aber Familie ist auch etwas sehr Schönes. Im Kreise der Familie verbringt man Ferien, Hochzeiten,

Geburtstage und Taufen. Mein Zuhause ist dort, wo meine Familie ist, wo meine Kinder sind. Ich bin froh, dass für uns in Bayern die Familie so wichtig ist.

Die Familie scheint oft etwas Selbstverständliches zu sein; doch jedes zehnte Paar ist ungewollt kinderlos und kann keine eigene Familie gründen. Jeder von uns kennt jemanden, der dank künstlicher Befruchtung dennoch schwanger geworden ist: Bekannte, Geschwister, eigene Kinder. Der Weg der künstlichen Befruchtung ist hart: die Hormonbehandlungen, die Ungewissheit, die Verzweiflung, wenn das Ergebnis wieder negativ ist – und vor allem ist das teuer. Jeder Versuch kostet 2.000 Euro. Seit der Gesundheitsreform 2004 übernehmen die Kassen nur noch 50 % der Kosten. Der Bund beteiligt sich, wenn sich auch das jeweilige Bundesland an den Kosten beteiligt – sprich: ein Förderprogramm auf die Beine stellt. Acht Bundesländer haben das getan. In Bayern gibt es kein Förderprogramm. Der Haushaltsplan sieht keines vor. Die Argumentation lautet, der Bund solle das komplett übernehmen. Meine Damen und Herren, machen wir es uns hier nicht etwas zu einfach? – So lassen wir die Leute allein mit ihrem Wunsch nach Familie, allein mit dem Gefühl, hilflos, machtlos, unzureichend zu sein. Wir müssen diesen Menschen helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade queere Menschen, die eine Regenbogenfamilie gründen wollen, werden alleingelassen. Vor knapp dreieinhalb Jahren hat das Bundesministerium seine Förderrichtlinien angepasst. Auch Paare ohne Trauschein werden seitdem als Lebensgemeinschaften von Mann und Frau unterstützt. Doch homosexuelle Paare werden immer noch alleingelassen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass gleichgeschlechtliche Paare und Transmenschen bei ihrem Kinderwunsch unterstützt werden. Jeder Mensch braucht Familie. Wir verweigern ihnen dieses Recht. Das ist nicht fair.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frauen, die keinen Partner haben, haben auch keinen Anspruch auf künstliche Befruchtung. Aber wenn der Wunsch nach einer eigenen Familie, nach einem eigenen

Kind da ist, dann müssen wir doch helfen. Lassen Sie uns ein Förderprogramm aufstellen, das Menschen ermöglicht, eine Familie zu gründen! Investieren wir also in die Familie, sodass zumindest das Geld nicht das Problem ist! Da können wir ansetzen, und da können wir helfen.

Investieren müssen wir ganz klar auch in den Klimaschutz. Wir haben genug Warnzeichen erhalten. Wir schaden unserer Erde und letztendlich auch uns selbst. Etliche Forscher und Studien sagen uns, dass die Politik endlich handeln muss. Da haben sie natürlich recht. Wo können wir also im Gesundheitsbereich ansetzen? Die CO₂-Emissionen eines Krankenhauses sind ungefähr zweimal so hoch wie die eines gleich großen Bürogebäudes. Klar, viele Geräte sind im Einsatz, viele Menschen werden versorgt. Das zieht natürlich viel Strom und braucht viel Platz; das ist auch wichtig für die Betten- und Operationssäle. Schätzungen gehen davon aus: Allein in Bayern könnten mit nachhaltigen Maßnahmen rund eine Million Tonnen CO₂ eingespart werden. Eine Million Tonnen! Aber nur circa ein Drittel der Krankenhäuser in Bayern bezieht seinen Strom aus nachhaltigen Stromanlagen. Das ist nicht nur wenig umweltfreundlich, das ist bei den momentanen Stromkosten auch unwirtschaftlich. Ich halte das Konzept der Green Hospitals deswegen für sehr gut. Die Staatsregierung hält diesen Posten im Moment viel zu niedrig. Hier müssen wir viel mehr investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn Krankenhäuser müssen zu ökologischer Nachhaltigkeit animiert werden. Es kann so viel getan werden: durch Maßnahmen wie mehr Solarenergie, bessere Fenster, Begrünung von Dächern, aber auch durch Möbel aus Echtholz, bei deren Herstellung Plastik vermieden wird. Deswegen fordern wir, dass das Förderprogramm dauerhaft erhalten und besser finanziert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Haubrich.
– Nächster Redner ist für die Fraktion FREIE WÄHLER Herr Kollege Prof. Dr. Peter Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Herzlichen Dank, dass ich hier als Patienten- und Pflegebeauftragter der Staatsregierung Stellung nehmen kann. Es hat mich schon sehr beeindruckt, was ich in der letzten Dreiviertelstunde gehört habe.

Aber zunächst möchte ich Sie als Mediziner eindrücklich daran erinnern: Es gibt wirklich Tausende Krankheitsbilder, aber es gibt nur eine Gesundheit. Das sollte uns eigentlich tragen, das sollte uns eigentlich ein Auftrag sein, für das Gesundheitswesen alles zu tun, was man tun kann.

Dafür braucht man engagierte Menschen, die diese Arbeit übernehmen. Deswegen ist es mir ein Herzensanliegen, mich bei allen Pflegerinnen und Pflegern, bei allen Ärztinnen und Ärzten und bei allen anderen, die im Gesundheitswesen tätig sind, zu bedanken. Ich bedanke mich aufrichtig für Ihre Empathie, für Ihre soziale Kompetenz, für Ihre Liebe zu den Menschen, die im Gesundheitswesen unabdinglich ist. Danke für Ihr großartiges Engagement und für Ihre Hilfe!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Danke für Ihre Hilfe, wenn wir bedürftig sind. Deswegen sage ich auch an dieser Stelle: Gesundheit geht uns alle an, früher oder später oder vielleicht jetzt schon.

Es ist äußerst wichtig für Bayern, dass wir einen kräftigen Haushalt aufgestellt haben, der die Gesundheits- und Pflegebedürfnisse klar unterstützt. Viele Zahlen sind schon von Herrn Kühn, von Ihnen und den anderen Vorrednern genannt worden. Deswegen möchte ich nur stichpunktartig auf die Schwerpunkte eingehen, die ich sehe.

Im Doppelhaushalt stehen zum Beispiel 120 Millionen Euro für die Förderprogramme zur Stärkung der Pflegeinfrastruktur. Das ist in den Reden der Opposition völlig untergegangen. Haben Sie das nicht zur Kenntnis genommen? 120 Millionen für die Stärkung der Pflegeinfrastruktur! Ja, was wollen wir dazu noch mehr sagen?

Dauerpflegeplätze, was heißt das? Außerdem stellen wir in diesem Haushalt 500 Kurzzeitpflegeplätze zur Verfügung.

Umbau und Einrichtungen zur Barrierefreiheit sind hier auch enthalten.

Wir unterstützen auch viele andere Wohnformen, ambulante Wohnformen. Seit Jahren bemühe ich mich darum, andere Wohnformen zu fördern. Hier ist endlich ein Haushaltstitel enthalten, der dieses abbildet. Das könnte man doch auch einmal positiv sagen.

Zu den 500 Kurzzeitpflegeplätzen: Ich habe gerade in der Verwandtschaft mit dem Problem zu tun, dass ein Kurzzeitpflegeplatz gesucht wird. Ich weiß, was das bedeutet. Von heute auf morgen wird man operiert, hat einen Unfall, und ist dann auf einen Kurzzeitpflegeplatz angewiesen. Hier haben wir doch die Weichen richtig gestellt. Hier haben wir doch die Betreiber entlastet, indem wir jetzt auch für Vorhalteplätze etwas zahlen können, bis zu 10.000 Euro pro Jahr. Das sind doch wirklich neue Leuchtpunkte. Das ist doch wirklich ein neuer Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte weitergehen. Das Pflegeberufereformgesetz ist ganz neu auf der Bundesebene. Auch hier haben wir sofort reagiert. Hier werden wir insgesamt 45,8 Millionen – Herr Kühn hat es schon erwähnt – einsetzen. Es gibt also neue Wege, Zukunftswege, um die Probleme in der Zukunft besser bewältigen zu können.

Natürlich ist mir der Erhalt der kleinen Krankenhäuser ein Herzensanliegen. Ausfluss des Koalitionsvertrags von CSU und FREIEN WÄHLERN ist es, dass hier erstmals 25 Millionen eingestellt werden. Sie glauben gar nicht, wie hoch die rechtlichen Hür-

den dafür sind; darauf will ich gar nicht näher eingehen, weil es eine Bundesangelegenheit ist. Aber wir haben einen rechtlich einwandfreien Weg gefunden, das auch in Bayern zu machen. Dafür bin ich sehr dankbar. Diesen Weg müssen wir weitergehen.

Zur Landarztquote: Wir reagieren in dem Koalitionsvertrag auf den Mangel an Landärzten erstmals damit, dass wir 2.000 neue Medizinstudienplätze zur Verfügung stellen. Welches Bundesland macht das noch? – Wenn man erst ein halbes Jahr an der Regierung ist, kann man heute nicht sagen, da muss alles perfekt sein. Wir, die CSU- und die FREIE-WÄHLER-Fraktion, haben uns aber ganz klar dazu bekannt, dass wir mit 2.000 neuen Studienplätzen für Medizin dieses Problem ganz konkret angehen. Nennen Sie mir ein Bundesland, das Ähnliches macht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Noch eines möchte ich sagen und dabei auf das eingehen, Frau Waldmann, was Sie zum Ärztestreik ausgeführt haben. Ja, wollen Sie uns zum Rechtsbruch aufrufen, indem wir in die Tarifhoheit der Kommunen eingreifen? Soll das Staatsministerium hier eingreifen?

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Diese Aussage sollten Sie sich noch einmal überlegen. Diese populistische Aussage kann ich so nicht akzeptieren. Ich habe lang genug auch Nachtdienst gemacht und weiß, was dort abläuft. Aber das Staatsministerium kann in die Tarifhoheit, die grundgesetzlich geschützt ist, nicht eingreifen. Das ist ganz, ganz klar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Harald Gülller (SPD): Dann sollen wir sie mit Investitionen fördern, dann haben die Krankenhäuser mehr Geld für Tarifverträge!)

Zu den Fallpauschalen: Das ist Ihnen besonders wichtig, die DRGs werden zu Recht kritisiert. Aber zu dem Kollegen Spitzer sage ich ein ganz klares Wort: Wer die Vergangenheit nicht kennt und nicht die richtigen Schlüsse daraus zieht, der kann niemals

die Zukunft und die Gegenwart gestalten. Es ist unsere Aufgabe, immer wieder daran zu erinnern, was es in den letzten Jahren falsch gelaufen ist. Die DRGs haben Sie, SPD und GRÜNE, auf Bundesebene unter der Gesundheitsministerin Fischer von den GRÜNEN eingeführt. Das war ein großer Fehler. Den müssen wir korrigieren; hier müssen wir umsteuern.

Es ist auch wichtig, Herr Kollege Spitzer, dass Sie sich daran erinnern, auch wenn Sie noch sehr jung sind: Ihr Kollege Heubisch und ich waren jahrelang Landespolitiker und haben auf Landesebene miteinander bei diesen Themen für unsere Patienten gekämpft.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Dr. Bauer, Ihre Redezeit wäre zu Ende.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sie sollten sich vielleicht auch mit ihm darüber unterhalten, was wir gemacht haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen gute Gesundheit; ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag und ich möchte mich bei allen bedanken, die mich als Patienten- und Pflegebeauftragten unterstützen: beim Ministerium, bei der Ministerin, bei der Amtsleitung. Herzlichen Dank und alles Gute.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Prof. Dr. Bauer, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es folgen zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Kollegen Dr. Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Prof. Bauer, vielen Dank für das Kompliment, dass Sie mich noch als "jung" betiteln. Aber ich möchte schon mal ein bisschen mit der politischen Rhetorik aufräumen, die immer vorgetragen wird. Sie sprechen von 2.000 neu geschaffenen Studienplätzen. Das ist grundsätzlich richtig. Aber

Sie müssen auch ehrlich sein und dazu erwähnen, dass diese 2.000 Studienplätze in Gänze erst bis 2032 geschaffen werden. –Ist das, was ich sage, richtig?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte schön, Herr Prof. Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Das ist nicht unser Ziel. Wir wollen das früher schaffen. Sie haben ja gehört, dass wir damit in Augsburg angefangen haben und auch mit Erlangen zusammenarbeiten. Ich glaube, wir schaffen das eher. Das ist auf jeden Fall das Ziel, das eher zu schaffen. Unser gemeinsames Ziel in der Koalition lautet: in dieser Legislaturperiode.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Zwischenbemerkung von Kollegin Ruth Waldmann von der sozialdemokratischen Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Nachdem mir zum zweiten Mal das Wort im Mund umgedreht worden ist, muss ich mich jetzt doch noch mal zu Wort melden.

Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen: Ich habe hier doch wirklich deutlich gemacht, dass es darum geht, die Investitionen in die Krankenhäuser zu fördern, damit die Gelder aus den Behandlungsleistungen und aus anderen Leistungen nicht zweckentfremdet werden müssen; diese fehlen den Krankenkassen dann, um Ärzte einzustellen und Pflegekräfte zu bezahlen. Das hat überhaupt nichts mit der Tarifautonomie zu tun. Das sollten Sie eigentlich auch verstanden haben. Ich kann das so nicht stehen lassen. Es ging um die Investitionsförderung für die Krankenhäuser.

Bei der zweiten Sache war ich, ehrlich gesagt, etwas erstaunt. Herr Seidenath hat mir ja vorhin unterstellt, ich würde erst seit zwei Tagen wissen, dass es Ärztemangel gibt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das haben Sie so gesagt!)

Ich finde das, ehrlich gesagt, unterirdisch, so etwas herauszuhören. Wir kennen uns jetzt schon ein paar Jahre. Von der Impfpflicht dann auch noch zu sagen, diese wolle man mit Handschellen durchsetzen. – So ein Schmarrn!

(Beifall bei der SPD)

Es ging darum, den Zugang zu Kitas und Schulen zu regeln. Es ist auch bei anderen Impfpflichten, die es schon lange gibt, noch niemand mit Handschellen vorgeführt worden. Ich muss mich also schon sehr über dieses Niveau wundern.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Geschätzte Frau Kollegin, die Frage an den Herrn Seidenath kann ich nicht beantworten. Das sollten Sie vielleicht einmal in einem eigenen Gespräch klären.

Ich möchte auf Ihre Äußerung zum Ärztestreik eingehen. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie den als ein Versagen der Staatsregierung dargestellt haben. So habe ich Sie verstanden und darauf habe ich reagiert. Ich habe deswegen noch einmal klargestellt, dass es die Tarifhoheit gibt, die wir schützen und natürlich sehr anerkennen. Als Patientenbeauftragter kriege ich diese Zuschriften ja auch. Ich kann mich an einen Notdienst von 72 Stunden Dauer erinnern. Ich will nicht sagen, dass das gut ist. Aber es gibt halt manchmal eine Notsituation, die bewältigt werden muss. Als junger Mensch schafft man das auch. Das sollte natürlich nicht so sein. Aber hier – so habe ich das verstanden – noch einmal einzugreifen und uns Vorwürfe zu machen – –

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

– Wenn nicht, dann reden wir noch einmal drüber. Das ist kein Problem. Dann entschuldige ich mich auch bei Ihnen. Aber das ist einfach so bei mir so angekommen. Es stört mich, dass Sie es so darstellen, als ob wir in ein wichtiges Recht des Grundgesetzes eingreifen wollten und das Ministerium hier versagt habe. Dagegen verwehre ich mich und mache das auch nach wie vor.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Bauer. – Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Magerl, AfD.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Landespflegegeld ist vorhin schon durch die Kollegen Krahl und Spitzer ausreichend angesprochen worden. Es kommt nicht so oft vor, dass wir einmal mit den GRÜNEN einer Meinung sind, aber in dem Fall sind wir es. Wir sehen das Thema genauso, wie von beiden Kollegen im Vorfeld angesprochen. Beim Green Hospital hört das Einverständnis von unserer Seite allerdings schon wieder auf. Das ist eine Sache, die nur noch Kopfschütteln auslöst.

Mein Fraktionskollege Andreas Winhart hat in seiner Rede vorhin schon im Großen und Ganzen angeschnitten, woran dieser zu verabschiedende Haushalt unserer Meinung nach krankt. Besonders bemerkenswert ist für uns folgende Posse: Wie gründet man als Staat eine eigene Lobbyorganisation, – hier die Vereinigung der Pflegenden in Bayern –, die so tut, als vertrete sie die Pflegenden in Bayern? – Ich muss jetzt keine großen Ausführungen machen. Wenn die damals alleinregierende CSU eine Idee hatte, wurde diese dank komfortabler Mehrheit hier im Haus auch umgesetzt. Sinn und Unsinn standen auf zwei verschiedenen Blättern. So entstand die Vereinigung der Pflegenden in Bayern. Die viel sinnvollere Lösung einer Pflegekammer hatte man vorher brav madig geredet und die Interventionen der damaligen Opposition gewohnt arrogant ignoriert, übrigens auch die damalige Kritik des jetzigen Steigbügelhalters: der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei der AfD)

Was haben Sie damit geschaffen? Eine tolle Sache? – Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das sagen zum Teil nicht einmal Ihre eigenen Anhänger. Wir brauchen nicht darüber zu reden: Pflege braucht endlich eine starke Stimme in Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Um den Pflegenotstand endlich in den Griff zu bekommen, muss diese Stimme gut organisiert sein, sich für bessere Arbeitsbedingungen stark machen, eine gute Bezahlung fordern und die Attraktivität des Berufs steigern. Hier ist es nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern schon weit nach zwölf.

Berufsständische Vertretungen haben in der Regel eine Gemeinsamkeit: Sie werden von Arbeitnehmern gegründet, organisieren sich selbst und punkten mit unabhängiger guter Arbeit. In Bayern macht man das Ganze allerdings anders. – Gegründet vom Freistaat, die Aufgaben nahezu fix vorgegeben und die Aufsicht führt der Freistaat nicht nur als Rechtsaufsicht über die Körperschaft, sondern auch dadurch, dass er den Vorsitzenden des Beirats bestellt. Das muss man nicht wirklich verstehen. Ich frage Sie ernsthaft: Wovor haben Sie denn da Angst? – Dass sich die Pflegenden in Bayern selbstständig organisieren und der Staatsregierung aufzeigen könnten, wo diese in den vergangenen Jahren geschlafen oder einfach nur Mist gebaut hat? – So gesehen war es eigentlich klug, die Vereinigung selbst zu gründen und die Kette, an die sie gelegt wurde, gleich selbst zu schmieden.

Wir sollen hier jetzt die Hand heben, auf dass Sie Geld in die Vereinigung zwangsfundieren können, damit diese am Leben bleibt. Was bringt das den Pflegenden? – Wir vermuten: nichts. Die Vertreter der Vereinigung waren im Gesundheitsausschuss. Es hat knapp eineinhalb Jahre gedauert, nur um sich zu finden und eine erste Wahl zu organisieren. – Prima, bei dieser Arbeitsgeschwindigkeit werden wir 2030 keine Pflegenden mehr haben. Selbst der Bayerische Landespflegerat sieht für die Vereinigung keine wirkliche Zukunft und fordert weiterhin vehement eine Kammer. Ich rede nicht einmal von dem Umstand, dass dort noch nicht einmal tausend Menschen Mitglied geworden sind.

Mit Ladenhütern und Rohrkrepiern kennen Sie auf der Regierungsbank sich aus. Wir fordern deshalb weiterhin die Einrichtung einer Pflegekammer und damit die sofortige Auflösung der Vereinigung der Pflegenden in Bayern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Magerl, Ihr Schlusssatz bitte!

Roland Magerl (AfD): – Einen Satz noch. – Wir werden deshalb auch konsequent gegen die Haushaltsmittel für eine staatlich organisierte Lobbyorganisation stimmen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat der Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich für die SPD auf zwei Themen noch kurze Schlaglichter werfen.

Zuerst das Thema Geburtshilfe: Wir haben erfreulicherweise in Bayern wieder deutlich mehr Geburten. Die Zahlen steigen, die Zahl der Hebammen steigt, aber die Versorgungsquote insgesamt sinkt leider. Wir stehen selbstverständlich hinter dem Hebammenbonus und dem Niederlassungszuschuss. Beide Themen werden übrigens seit Jahren von unseren Kollegen in den Ausschüssen so gefordert und von uns auch mitvorgeschlagen. Wir sagen allerdings, dass in den Ministerien in den kommenden Jahren noch drei Dinge erledigt werden könnten.

Erstens. Wir haben künftig eine akademische Ausbildung. Eine solche Ausbildung ist dann attraktiv, wenn sie in Bayern flächendeckend angeboten wird. Wir haben hier momentan große Lücken in Schwaben, Unterfranken, Mittelfranken und Oberfranken. Für junge Menschen ist es zweifellos auch ein Faktor, wenn in diesen Bereichen Ausbildungsmöglichkeiten, Fortbildungsmöglichkeiten und dann auch Studienmöglichkeiten bestehen. Das muss gewährleistet sein.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Kolleginnen und Kollegen, für die Attraktivität der Arbeit als Hebamme ist es auch wichtig, wie diese bei der geburtlichen Hilfe, wenn diese in einem Krankenhaus stattfindet, eingebunden ist. Bin ich nur die "Hilfsperson" für die Ärztinnen und Ärzte oder arbeite ich auf Augenhöhe, habe meinen eigenen Verantwortungsbereich und klar definierte Mitsprache- und Entscheidungsrechte? – Kolleginnen und Kollegen, hier kann und muss man noch viel machen.

Der dritte Punkt ist die Bezahlung. Es kann ja nicht sein, dass die Bezahlung im Krankenhaus nach dem Motto funktioniert: Wenn es zu einem Kaiserschnitt kommt, bekommt der Arzt plötzlich alles und die Hebamme nichts mehr. Das heißt nicht, dass der Arzt nichts bekommen soll. Aber für die Hebammen ist es doch auch fast die gleiche Arbeit der Betreuung, wenn es zu einem Kaiserschnitt kommt. Kolleginnen und Kollegen, deswegen muss die Bezahlensystematik hier verändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweites Schlaglicht ist das Thema "stationäre Pflegeeinrichtungen". Kollegin Waldmann hat in ihrer Rede schon viel zum Thema Pflegestützpunkte und zu den Pflegekräften gesagt. Ich sage – die SPD hat das auch konkret beantragt –, dass wir bei den stationären Pflegeeinrichtungen, bei den Ersatzneubauten und bei der Modernisierung deutlich mehr tun müssen, als im jetzigen Haushalt vorgesehen ist. Im Gegensatz zu den GRÜNEN und der FDP mache ich keine Aufrechnung zwischen Landespflegegeld und diesen Maßnahmen, sondern ich sage: Bei diesem Haushalt, den wir heute früh in der Generaldebatte über den Einzelplan 06 diskutiert haben, ist es möglich, dass dieses starke Land Bayern beides macht: Landespflegegeld und Geld für eine Modernisierung und den Ersatzneubau von Pflegeeinrichtungen ausgeben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, je mehr wir das Thema Kurzzeitpflege auf dem Schirm haben, desto mehr stellt sich die Frage nach einem Verdrängungswettbewerb: Welche Plätze werden für längerfristige stationäre Pflege zur Verfügung gestellt und

wie viele für die Kurzzeitpflege? – Da kann das Ministerium noch eine ganze Menge machen, ohne viel Geld auszugeben. Sorgen Sie zusammen mit den Pflegekassen dafür, dass es ordentliche Versorgungsverträge für die Träger gibt. Viele Kommunen und Landkreise haben sich derzeit gezwungenermaßen auf den Weg gemacht. Ein Träger hat erhöhte Aufwendungen, wenn er Kurzzeitpflegeplätze immer freihält und das ganze Jahr vorhält, sodass sie auch planbar sind. Das kostet mehr Geld. Es gibt Landkreise, die dafür extra Förderprogramme aufgelegt haben. Lassen Sie diese Landkreise nicht im Stich, sondern arbeiten Sie mit ihnen und den Pflegekassen an ordentlichen Verträgen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wird das etwas.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. Frau Staatsministerin Melanie Huml hat sich zu Wort gemeldet.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen, ich finde es toll, dass wir heute in dieser Art und Weise auch über unseren Haushalt diskutieren können. Das zeigt, dass es nicht nur Zahlen sind, sondern dass es auch um Menschen geht. Das ist mir persönlich auch immer sehr wichtig. Wenn wir über Gesundheits- und Pflegepolitik sprechen, geht es immer um Menschen, die gut versorgt werden wollen und um die wir uns kümmern müssen. Deswegen ein Dankeschön an alle, die an die Menschen denken und sich um die Menschen kümmern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dass die Themen Gesundheit und Pflege auch den Bürgerinnen und Bürgern sehr wichtig sind, erleben wir tagtäglich in ganz vielen Gesprächen, bei vielen Terminen vor Ort, in Telefonaten, in Briefen und überall dort, wo wir Kontakt haben. Aber es gibt auch Umfragen dazu. Laut ARD-Deutschlandtrend halten 97 % die Themen Gesundheit und Pflege für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Diese Themen sind deshalb auch so wichtig – unser Patienten- und Pflegebeauftragter hat das zu Recht erwähnt –, weil es uns eben auch treffen kann. Deswegen müssen wir uns Gedanken machen, wie wir die Versorgung bestmöglich hinbekommen können. Mir ist bewusst, dass vieles Bundespolitik ist. Aber auch da sind wir nicht leise.

Wir wollen in Bayern das Bestmögliche. Klaus Holetschek hat es vorhin angesprochen: Wir haben schon vieles auf den Weg gebracht. Wenn ich in Gesundheitsminister-Runden bin, erlebe ich, wie mancher Kollege zu uns schaut. Auch wir gucken mal über den Tellerrand, keine Frage. Aber wenn es um Krankenhausförderung geht, schauen viele meiner Kollegen ein Stück weit neidisch zu uns: 643 Millionen Euro können wir zusammen mit den Kommunen für die Krankenhäuser in Bayern ausgeben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das ist doch ein Wort. Vorhin wurde kritisiert, dass das immer noch zu wenig ist und wir noch auf mehr schauen sollten, auf die Betriebskosten usw. Liebe Kollegin Waldmann, ich darf darauf hinweisen, dass wir uns auch hier eingebracht haben. Wir haben in der Koalition auf Bundesebene dafür gesorgt, dass die Pflegekosten aus den DRGs rausgerechnet werden und die Pflegekräfte wirklich von dem Geld bezahlt werden, das für sie gedacht ist. Dieses kann nicht für irgendetwas anderes verwendet werden, was Sie vorhin unterstellt haben.

(Ruth Waldmann (SPD): Das passiert aber!)

Wir haben deswegen in Bayern im Doppelhaushalt noch mal unsere Pauschalmittel für diesen Bereich der Krankenhausförderung erhöht, damit die Krankenhäuser hier mehr Möglichkeiten und mehr Spielraum haben. Wir reagieren schon auf das, was Sie hier anmerken. Wir haben auch dafür gesorgt – auch das wurde schon erwähnt –, dass eine Steigerung bei den Tarifen komplett ausgeglichen wird und sich nicht der Träger darum kümmern muss, wenn eine Pflegekraft eingestellt und tariflich bezahlt

wird und es dann zu einer Steigerung bei den Tarifen kommt. Auch das ist uns auf Bundesebene gelungen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das heißt, die Krankenhausversorgung in Bayern ist gut. Wir wissen aber auch, dass Krankenhäuser zum Teil vor Umstrukturierungsprozessen stehen, dass es um die Frage geht, ob wirklich jedes Haus alles vorhalten kann. Dabei wollen wir die Krankenhäuser, vor allem die kleinen Krankenhäuser, unterstützen. Deswegen steht in unserem Koalitionsvertrag auch ein Förderprogramm, mit dem wir die kleinen Krankenhäuser beim Umstrukturieren unterstützen wollen. Wir wollen, dass sie sich überlegen, was künftig möglich ist, was sie noch betreiben können, wie sie sich aufstellen können, wie sie mit anderen Häusern kooperieren können. Damit sie den Mut haben, das auch anzugehen, wollen wir sie unterstützen und nicht im Regen stehen lassen. Das ist das Förderprogramm für die kleinen Krankenhäuser.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der ländliche Raum war vorhin auch ein Thema. Bei unserer momentanen Krankenhausförderung von sage und schreibe 128 Projekten, die wir gerade im Krankenhausbauprogramm haben, sind 90 Maßnahmen im sogenannten ländlichen Raum, mit 1,8 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich lasse mir wirklich nicht sagen, dass wir für die Krankenhäuser im ländlichen Raum nichts tun. Wir schauen, dass es eine Krankenhausversorgung in Stadt und Land gibt, die gut für die Menschen in Bayern ist.

Wir wollen aber natürlich nicht nur, dass die Menschen im stationären Bereich gut versorgt sind. Das ist ein Anliegen, das ist klar. Aber wir müssen auch auf den ambulanten Bereich schauen. Wir sind damit konfrontiert, dass wir da und dort auch einen Bedarf an Ärzten haben. Deswegen ist uns das ein Anliegen. Wir haben auch hier ein

Förderprogramm auf den Weg gebracht. Ich darf sagen, dass auch das heuer, in 2019/ 2020, wieder mit 15,3 Millionen Euro hinterlegt wird. Es geht darum, dass wir die Niederlassungen fördern wollen. Es geht darum, dass wir die Studierenden im Stipendien-Programm unterstützen wollen, oder um innovative Versorgungskonzepte. 15,3 Millionen Euro im Doppelhaushalt, um Mediziner in die Fläche zu bekommen – das ist doch ein Wort. Das können nicht viele Länder.

(Beifall bei der CSU)

Die Stipendien haben wir inzwischen übrigens auf 600 Euro erhöht. Das wurde dank eines Antrags der CSU-Fraktion vom Landtag auf den Weg gebracht. Früher waren es 300 Euro, inzwischen sind es 600 Euro, weil wir schon die Studierenden gewinnen wollen, sich dafür zu interessieren, danach auf dem Land tätig zu sein.

Es gibt das BeLA-Programm, bei dem es darum geht, dass die Universitätskliniken mit Krankenhäusern in der Fläche zusammenarbeiten. Wir haben die Zahl der Studienplätze erhöht. Das ist auch schon erwähnt worden. Das wurde auch ganz deutlich in den Koalitionsvertrag geschrieben.

Wir wollen eine Landarztquote. Auch das ist ganz klar. Mich treibt es auch um, wenn jemand zu mir sagt: Ich würde so gerne Arzt werden, aber ich habe halt nicht die Note 1,0, sondern liege ein bisschen darüber. – Wir wollen schauen, dass diese jungen Leute auch eine Chance haben, einen Studienplatz zu bekommen. Sie müssen sich dann aber verpflichten, dahin zu gehen, wo die Ärzte benötigt werden. Das ist dann die Bedingung bei dieser Landarztquote. Das werden wir jetzt zügig angehen, sodass wir 5 % der Studienplätze für solche jungen Menschen reservieren können. Da wird es dann um den Mediziner test gehen, um ein Ehrenamt, um Ausbildungen, die schon gemacht wurden. Das wollen wir mit der Landarztquote berücksichtigen. Ich glaube, das ist sinnvoll.

(Beifall bei der CSU)

Eines ist mir noch wichtig: Häufig sprechen wir von ganz Bayern. Bayern ist nicht überall gleich. Die Regionen sind unterschiedlich. Unsere Gesundheitsregionen plus werden sehr gut angenommen. Inzwischen sind es 50 an der Zahl. Wir wollen sie fortführen. Herr Dr. Spitzer, ich erhalte viele Briefe, in denen es heißt: Wir freuen uns über die Gesundheitsregionen. Ich erhalte auch viele Briefe zum Landespflegegeld und zu den Niederlassungen. In vielen Briefen wird positiv über unsere Förderprogramme gesprochen. Klar gibt es auch Briefe, die weitere Forderungen enthalten. Das ist logisch.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gesundheitsregionen plus wollen wir weiter fördern, aber wir wollen uns auch – das ist schon angesprochen worden – um die Kleinsten kümmern. Es geht um die Hebammen und die Geburtshilfe. Es ist wichtig, etwas für unsere Hebammen zu tun. Zum Teil müssen Geburtsstationen schließen, weil es dort nicht genügend Hebammen, aber auch nicht ausreichend Belegärzte gibt. Manchmal sind die Geburtsstationen für das Krankenhaus auch nicht wirtschaftlich.

Wir wollen an allen drei Punkten ansetzen. Wir haben uns auf Bundesebene darum gekümmert, dass die Hebammen im Hinblick auf die Haftpflichtprämie eine Mordsentlastung erhalten. Wir zahlen einen Hebammenbonus in Höhe von 1.000 Euro. Das kommt den Hebammen wirklich direkt zugute.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ab Herbst wollen wir ein Gründerpaket für Hebammen auf den Weg bringen. Wenn eine Hebamme eine freiberufliche Tätigkeit aufnimmt, erhält sie 5.000 Euro.

Die erste Säule unseres Geburtshilfe-Förderprogramms wird übrigens phänomenal angenommen. Wir stellen den Kommunen vor Ort 40 Euro pro geborenem Kind zur Verfügung, damit sich die Kommunen vor Ort Gedanken machen. Nicht überall ist alles gleich. München ist ganz anders als eine Region in Oberfranken. Wir müssen immer schauen, dass es passgenau ist. Deshalb sollen sich die Kommunen vor Ort Konzepte überlegen. Inzwischen gibt es wunderbare Konzepte, die mit diesem Geld, das gar nicht so viel ist, entwickelt worden sind. Die Menschen vor Ort sprechen mit-

einander. Das ist schon einmal ganz wichtig. Die Hebammen setzen sich mit den Landräten und den Krankenhäusern zusammen, um zu überlegen, wie die Versorgung der jungen Familien verbessert werden kann. Inzwischen gibt es Hebammensprechstunden, damit nicht jeder irgendwo anrufen muss, um zu erfahren: Da kann ich nicht. Die hat Zeit, die hat keine Zeit. Das wird jetzt koordiniert. Die Hebammen schließen sich bei Fort- und Weiterbildungen zusammen. Sie organisieren gemeinsam Bereitschaftsdienste. Im Moment läuft in Bayern richtig viel. Ich bin ganz stolz darauf, dass das wirklich so gut angenommen wird. Wir werden weitermachen. Wir haben das Programm im Herbst letzten Jahres auf den Weg gebracht. Über 40 Anträge waren sofort da. Es gibt Programme, die man erst einmal unter das Volk bringen muss. Der Bedarf war sofort da. Wir werden weiterarbeiten.

Die zweite Säule des Geburtshilfe-Förderprogramms ist heute schon angesprochen worden. Ein Krankenhaus macht mit einer Geburtsstation Defizite, wenn es über die DRGs nicht ausreichend abrechnen kann. Dann gehen wir als Freistaat Bayern rein und sagen: Wir unterstützen dich. Wir übernehmen über eine Förderung einen Teil dieses Defizits für dich, damit du weiter Geburtshilfe betreibst. Wir wollen die Geburtshilfe auch in der Fläche haben. Für Bayern als Flächenland ist das unwahrscheinlich wichtig. Dafür arbeite ich, und dafür arbeiten wir.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin sehr dankbar, wenn wir mit 26 Millionen Euro für die erste und zweite Säule des Förderprogramms heute hier herausgehen. Das haben wir uns im Koalitionsvertrag so überlegt.

Jetzt verlasse ich einmal den Bereich Gesundheit und gehe zum ebenfalls enorm wichtigen Bereich der Pflege. Ich erlebe auch immer wieder bei Familien im Freundes- und Verwandtenkreis, was es heißt, pflegender Angehöriger zu sein. Das ist etwas, was mich umtreibt. Wie können wir die pflegenden Angehörigen noch besser unter-

stützen? – Liebe Herr Kollege Krahl, Sie haben von Schaufensterpolitik gesprochen. Schauen Sie sich wirklich den Haushalt einmal an. Dort steht etliches drin.

In die Förderprogramme für Investitionen in die Altenpflege haben wir bewusst nicht nur das Pflegeheim, sondern auch die Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege aufgenommen. Dazu zählen auch innovative Konzepte für die Öffnung in die Quartiere. Es geht nicht darum, ein Haus mit 80 Betten am Waldesrand zu bauen. Nein, wir wollen Träger dabei unterstützen, sich in der Ortsmitte anzusiedeln. Das ist einerseits gut für alle, die sich stationär in Pflegeheimen befinden, andererseits erhalten diejenigen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, ab und an eine Entlastung über eine Tages- oder Nachtpflege. Wir brauchen innovative Konzepte, um die Grenzen zu überwinden. Wir müssen nicht nur in den Kategorien ambulant und stationär, sondern stärker vom Pflegebedürftigen her denken. Das ist mein Wunsch. Dahin möchte ich kommen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wird immer viel kritisiert, dass wir nur neun Pflegestützpunkte haben. Wir sind froh, dass wir sie haben. Wir wollen auch noch mehr. Das ist ganz klar. Wir haben jedoch nicht nur die Pflegestützpunkte. Gerade verhandeln die kommunalen Spitzenverbände mit den Kassen. Dabei sitze ich nicht mit am Tisch. Zuerst muss dort verhandelt werden, bevor es weitergeht. Daran können wir nicht rütteln. Ich hoffe, dass es wirklich gut weitergehen kann. Wir haben auch noch die Fachstellen für pflegende Angehörige. Das darf man einfach nicht vergessen. Da sind über 100 Fachstellen in ganz Bayern. Hier und dort gibt es vielleicht noch einen weißen Fleck – okay. Man kann jedoch nicht so tun, als ob sich Menschen, die pflegebedürftig werden oder sind, nur an neun Orten beraten lassen können. Das stimmt schlichtweg nicht. Es gibt mehr Stellen. Es gibt die Pflegekassen, die Fachstellen für pflegenden Angehörige, die Pflegestützpunkte, das Ministerium in Nürnberg und München sowie das Landesamt für Pflege in Amberg. Es gibt mehr Stellen, in denen man sich beraten lassen kann. Ich bitte Sie, das zu akzeptieren und wahrzunehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe unwahrscheinlich viel Respekt vor den Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause versorgen und pflegen. Ich habe Respekt davor, was in diesen Familien geleistet wird. Übrigens werden 70 % der Pflegebedürftigen in Bayern über die Familie oder ambulante Dienste zu Hause versorgt. An dieser Stelle möchte ich all diesen Familien Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie das Landespflegegeld als Geldverschwendung bezeichnen, tut das fast schon weh, wenn ich das so sagen darf. Wir wollen den Menschen, die zu Hause oder anderswo versorgt werden, mit diesen 1.000 Euro die Möglichkeit bieten, selbstbestimmt zu handeln. Das ist für diese Generation ganz wichtig. Das ist die Generation, die zu einem großen Teil unser Land mitaufgebaut hat. Sie können sagen: Ich habe 1.000 Euro. Vorhin ist die Frage gestellt worden: Was ist, wenn dieses Geld für einen Friseurbesuch genutzt wird? – Für viele Menschen hat das etwas mit Würde zu tun, weil sie nicht das Geld haben, zum Friseur zu gehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn ich Schreiben von Familienangehörigen bekomme, die mir erzählen, wie sich der Angehörige gefreut hat und was man als Familie davon unternehmen kann, dann merke ich, wie richtig diese Entscheidung gewesen ist. Ich bin da dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er diesen Anstoß gegeben hat, und ich bin dankbar, dass die Koalition mitgegangen ist und wir diesen Weg gemeinsam weitergehen. Das darf ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist klar: Wie ich es vorhin für den Medizinerbereich ausgeführt habe – das gilt übrigens genauso für die Therapeuten –, brauchen wir mehr Menschen, die sich für den Pflegeberuf begeistern lassen. Selbstverständlich haben wir nicht nur die Herzwerker-

Kampagne. Deren Erfolg war in der Altenpflege übrigens gar nicht so gering: Wir haben über 33 % Steigerung bei den Schülerzahlen erreichen können.

(Andreas Krahl (GRÜNE): Die gab es in anderen Bundesländern auch ohne Herzwerker-Kampagne!)

Von daher ist es trotzdem nicht verkehrt gewesen, diesen Weg zu gehen.

(Andreas Krahl (GRÜNE): Doch!)

Wir haben aber noch mehr Aktionen. Schauen Sie sich mal an, was wir von Bayern aus auch auf Bundesebene in der Koalition mit der "Konzertierten Aktion Pflege" angestoßen haben, wo wirklich viel auch über die Ministerien hinweg erarbeitet wird. Schauen Sie sich an, was wir hier in Bayern in der Generalistik voranbringen, indem wir ein Bündnis für die Generalistik gegründet haben, wo Regionalkonferenzen vor Ort laufen. Wir wollen diese generalistische Ausbildung, wo Krankenpflege, Altenpflege und Kinderkrankenpflege zu einem Berufsbild zusammenwachsen werden. Ich glaube, dass der eine oder andere junge Mensch dann mehr Motivation haben wird, in diesen Beruf zu gehen, weil er mehr Möglichkeiten hat. Aber das muss gut funktionieren. Ich bin mir bewusst, dass wir und die Träger vor Ort da noch einiges an Hausaufgaben zu machen haben. Da kann ich die Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag nur dazu auffordern: Lassen Sie uns vor Ort mit den Menschen und Trägern ins Gespräch kommen, damit die generalistische Ausbildung wirklich funktioniert.

Es ist auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wie gehen wir mit Pflegekräften um, wenn ich das mal so sagen darf? Wenn der Sohn des Nachbarn sagt, er will in die Pflege gehen, klopfen wir dem auf die Schulter und sagen, super, danke, dass du das machst, oder fragen wir: Hast du nichts Besseres gefunden? – Das hängt doch damit zusammen, wie wir selber damit umgehen. Deswegen werde ich auch nicht müde, das hier zu unterstützen und solche Personen wirklich mitzunehmen.

Es gab kürzlich den Tag, wo es darum ging, wie in Franken gepflegt wird. Das war ein Tag in Nürnberg. Da haben die jungen Menschen positiv über ihren Beruf gesprochen. Es war so wohltuend zu sehen, wie motiviert diese Schüler waren. Ich glaube, das müssen wir alle erreichen. Wir müssen positiv über diesen Beruf sprechen und da noch mehr motivieren, weil wir mehr Pflegekräfte im stationären und im ambulanten Bereich brauchen. Wir brauchen mehr Pflegekräfte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch hier tun wir etliches und wollen das auch weiter tun.

Lassen Sie mich noch zwei Punkte ansprechen, die mir ganz persönlich am Herzen liegen: Hospiz-Palliativversorgung. Wir müssen und wollen – das ist mir ganz persönlich sehr wichtig – noch mehr Angebote im Hospiz- und Palliativbereich zu den Menschen bringen, dahin, wo sie sind, und sei es im Senioren- und Pflegeheim. Wir müssen hier noch mehr Angebote ausbauen. Ich freue mich, dass wir hier einerseits 4,2 Millionen Euro haben und andererseits für ein neues Kinder- und Jugendhospiz über 9 Millionen Euro, weil es wichtig ist, auf diesem Weg weiterzugehen und Antworten zu geben, wenn jemand in Richtung aktive Sterbehilfe, die ich persönlich ablehne, gehen möchte, indem wir sagen, es gibt andere Möglichkeiten, dass du nicht allein bist, dass du nicht verlassen bist, dass du keine Schmerzen haben musst.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zu einer weiteren Gruppe Menschen, über die heute, wenn ich es richtig verfolgt habe, keiner intensiver gesprochen hat: Menschen mit einer psychischen Erkrankung. Auch hier bin ich sehr dankbar, dass wir im Doppelhaushalt Entsprechendes aufnehmen durften und die Bezirke die Möglichkeiten haben, hier entsprechend auszubauen. 18 Millionen Euro werden zur Verfügung gestellt, um Krisendienste für Notfälle voranbringen zu können – wegen Palliativ. Das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – Bernhard Seidenath hat es kurz erwähnt – möchte ich noch ganz kurz einflechten, weil mir auch diese Gruppe Menschen sehr wichtig ist. Wir sprechen immer sehr

viel von den somatischen Erkrankungen. Es gibt aber auch psychische Erkrankungen. Auch hier kann es jeden von uns treffen. Diese Menschen möchte ich an dieser Stelle einfach nicht vergessen wissen, deswegen hier dieser Punkt.

In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung für unseren Haushalt, darf mich aber auch ganz herzlich bedanken, nicht nur bei denjenigen, die draußen im Land für Kranke, Pflegebedürftige und sterbende Menschen und alle Menschen, die Unterstützung benötigen, tätig sind, sondern ich darf mich auch bei Ihnen als Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich bedanken, sei es bei Harald Kühn als demjenigen, der im Haushalt für uns berichtet, sei es bei Bernhard Seidenath als Vorsitzendem im Gesundheitsausschuss, sei es bei all den anderen Kolleginnen und Kollegen, die heute hier schon vorgetragen haben. Mein Dank gilt natürlich auch unserem Patienten- und Pflegebeauftragten, aber auch all den anderen, die sich hier mit sehr viel Sachkenntnis eingebracht haben. Aber schauen Sie manchmal noch ein bisschen genauer hin!

Ich glaube, es ist noch mehr drin, als Sie im ersten Augenblick vielleicht dachten. Ein Dankeschön auch an das Ministerium für all die Zu- und Mitarbeit und das Offensein für meine Ideen, die manchmal vielleicht ein bisschen aus dem Rahmen fallen. In diesem Sinne vielen herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen insgesamt vier Zwischenbemerkungen vor: von Herrn Winhart, von Herrn Krahl, Frau Dr. Strohmayer und Herrn Spitzer. Herr Winhart, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Danke schön. – Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich hätte eine Frage, und zwar: Warum folgen Sie nicht unserem Vorschlag, diese 25 Millionen Euro für die Landkrankenhäuser bereits 2019 auszuschütten? Sie haben gerade wörtlich gesagt, die Landkrankenhäuser soll man nicht im Regen stehenlassen. – Jetzt frage ich, warum man da bis 2020 wartet. Sie kennen die Situation. Wir haben das auch im Ausschuss schon mal diskutiert. Es gibt viele Geburtsstationen – Sie haben

es gerade angesprochen – in öffentlichen Kliniken, die Sie erhalten wollen. Da würde es gerade kommunalen Klinikverbänden guttun, beispielsweise der RoMed-Klinik in Bad Aibling. Das ist ein Fall aus meiner eigenen Heimat, wo die Geburtsstation schließen musste. Die 25 Millionen Euro wären auch beispielsweise bei der Digitalisierung dieser Krankenhausverbände gut aufgehoben. Auch das sind Investitionskosten, die die Krankenhäuser zu tragen haben. Das gilt genauso beispielsweise für die Versorgung, wenn es zum Beispiel um die universelle Waschung bei multiresistenten Keimen geht. Man kann dieses Geld also in den lokalen Krankenhäusern an verschiedenen Stellen sehr sinnvoll einsetzen. Deswegen meine Aufforderung: Schließen Sie sich uns an mit der Mehrheit, die Sie hier im Hause hinter sich haben! Lassen Sie die Landkrankenhäuser schon 2019 nicht im Regen stehen!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Lieber Kollege Winhart, als Gesundheits- und Pflegeministerin könnte ich es mir leichtmachen und sagen, je mehr und je früher es Geld gibt, umso besser. Aber man muss auch ein bisschen überlegen, wie weit die Krankenhäuser sind und wie weit wir mit dem Programm sind. Wir beschließen heute den Haushalt und befinden uns jetzt bereits im Mai. Dann muss dieses Förderprogramm, das wir im Haus schon ganz gut vorbereitet haben, erst an das Finanzministerium gehen. Der ORH muss drüberschauen. Dann geht es an die Träger raus. Dann müssen die sich in ihren Gremien Gedanken machen. Ich halte es vom Zeitablauf her für schlichtweg nicht realistisch – dann gibt es noch eine Sommerpause, wo vielleicht keine Tagungen sind –, dass man jetzt schon so viel Geld an die Krankenhäuser im ländlichen Raum geben kann. Vielmehr halte ich es – nicht, weil ich vom Grundsatz her sage, wir wollen keine Krankenhäuser unterstützen, sondern vom Verwaltungsablauf her – für realistisch, dass wir 2020 so richtig loslegen können.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Krahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr, Herr Krahl.

Andreas Krahl (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Staatsministerin Huml, Sie haben in Ihrer Rede angesprochen – da stimme ich Ihnen vollkommen zu –, dass der Pflegeberuf im Rahmen der Generalistik vor der größten Strukturänderung steht, die er wahrscheinlich je erlebt hat. Sie haben in Ihrer Rede auch davon gesprochen, dass das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege auf diese Generalistik mit einem Bündnis für Generalistik nach Ihrem Dafürhalten adäquat reagiert hat. Jetzt habe ich just heute Morgen eine Antwort auf eine Anfrage zum Plenum aus Ihrem Ministerium zurückbekommen, in der ich nach dem genauen Sachstand gefragt habe. Dort wurde mir quasi mitgeteilt: Ja, Sie haben das Bündnis unter Ihrer Federführung am 8. Januar gegründet. Seitdem hat sich dieses Bündnis nicht einmal getroffen. Die Generalistik wird 2020 auf uns zukommen. Nehmen Sie Ihr eigenes Bündnis ernst, oder brauchen wir das eigentlich gar nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Darauf antworte ich sehr gerne, denn dieses Bündnis ist sehr wichtig, und das ist es nach wie vor. Wir brauchen die Generalistik, damit die Praxiseinsätze nicht nur in der Altenpflege, sondern auch im Krankenhaus oder auch im Bereich Kinder stattfinden. Deshalb ist es notwendig, dass vor Ort vielfach Kooperationen geschlossen werden. Teilweise gibt es sie schon, teilweise aber müssen sie neu geschlossen werden. Dann stellt sich auch die Frage, wer das für die Pflegeschüler koordiniert. Deshalb ist dieses Bündnis mit übrigens an die 40 Partnern so wichtig.

Wir waren seit Januar nicht untätig. Es gab mit den Bündnispartnern, aber auch mit vielen anderen vor Ort, die sogenannten Regionalkonferenzen. Insgesamt waren es acht Stück, in jedem Regierungsbezirk. Wir haben von Ministeriumsseite die Träger vor Ort eingeladen, haben sie vernetzt und ihnen gezeigt, welche Kooperationsmög-

lichkeiten es bereits gibt und was noch zu tun oder zu klären ist. In Oberbayern waren es übrigens zwei Konferenzen. So haben wir mit den Bündnispartnern das Thema in die Fläche gebracht. Es mag keine formale Sitzung des Bündnisses mit den 40 Partnern gegeben haben, aber die 40 Partner waren in ganz Bayern unterwegs. Mir erschien das wichtiger, als sich im geschlossenen Kreis zu treffen. Das müssen wir auch tun, um dann wieder Rückmeldungen zu bekommen, was sich tut und was notwendig ist. Von daher läuft das also. Wir vom Ministerium können die Kooperationen aber nicht schließen, das müssen die örtlichen Partner machen. Deshalb mein Appell, durchaus auch an die Kolleginnen und Kollegen: Sprechen Sie Krankenhäuser, Altenheime und Pflegeschulen an und fragen Sie: Wie läuft es vor Ort? Was tut sich? – Wir müssen versuchen, die Partner zusammenzubekommen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Frau Staatsministerin Huml, Sie haben dargelegt, was Sie alles machen. Trotzdem muss ich bei mir vor Ort feststellen: In der Region haben in den vergangenen Monaten vier Geburtsstationen geschlossen. Besonders ärgerlich ist, dass die Geburtsstation in einem neu gebauten Haus nie eröffnet werden konnte. Ich kann nur sagen: Trotz all Ihrer Maßnahmen reicht es nicht aus. Es reicht einfach nicht aus.

Die SPD hat Vorschläge vorgelegt, wie wir den Hebammenberuf attraktiver machen. Leider wurden alle Maßnahmen abgelehnt. Ich kann deshalb nur sagen: Denken Sie noch einmal darüber nach. Wir bleiben gerne gesprächsbereit und würden uns freuen, wenn Sie einen weiteren Schritt auf uns zugehen. Wir meinen, es braucht mehr als das, was bisher getan wird, um die Geburtsstationen vor Ort zu erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Geburtsstation, das ist ein Thema, über das wir uns schon vielfach ausgetauscht haben. Ich bin vor Ort gewesen.

Ich erlebe aber auch immer wieder, wie wichtig es ist, dass vor Ort miteinander gesprochen wird. Die Hebammen vor Ort müssen die Wertschätzung erhalten, damit sie dann gerne weiter in den Krankenhäusern arbeiten. Das darf ich an dieser Stelle einfach mit einflechten. Gleichzeitig gibt es gerade bei Ihnen vor Ort das Bemühen, die Geburtshilfe von Augsburg aus in den Landkreis hinein zu unterstützen. Dann können hoffentlich auch in der Fläche wieder Stationen eröffnen.

Wir legen sehr vieles an, was nicht immer sofort wirken kann, aber langfristig wirken soll. Wir unternehmen einiges, um die Geburtshilfestationen, wenn sie defizitär arbeiten, zu unterstützen. Das läuft jetzt an, das ist nicht rückwirkend, aber das läuft jetzt an. Wir unterstützen auch die Hebammen, wenn sie sich selbstständig machen. Das wird ab Herbst laufen. Sie wissen, nach der Hebammenstudie, die wir uns sehr genau angeschaut haben, steigt die Anzahl der Hebammen in Bayern. Das darf ich hier noch einmal ganz deutlich sagen. Aber die Zahl der in der Geburtshilfe tätigen Hebammen steigt nicht unbedingt.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Deshalb muss man da nachbessern!)

Deshalb ist es wichtig, auch hier etwas zu tun. Wir haben den Runden Tisch. Ich treffe mich demnächst auch wieder außerhalb des Runden Tisches mit Hebammen, die mich immer wieder anschreiben und mit mir in Kontakt kommen wollen. Es gibt einige Vorschläge, wie den über Hebammen geführten Kreißsaal. Vorschläge werden auch aus dem Runden Tisch entstehen.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Unsere Anträge! Unsere Anträge haben Sie abgelehnt!)

Wir würden nur gerne die Vorschläge des Runden Tisches und die der Fachleute bündeln und wollen nicht parallel noch mehr erarbeiten. Dann können wir mit einem Maßnahmenpaket antreten. Ich kann Ihnen aber noch einmal deutlich sagen, dass die Hebammen und die Geburtshilfe uns insgesamt wirklich am Herzen liegen. Wir wollen

daran auch weiterarbeiten. Wir investieren hier viel Geld, und wir investieren das auch gerne, weil es sinnvoll ist.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Und nun noch die Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Staatsministerin Huml, ich möchte noch einmal Bezug auf das Landespflegegeld nehmen. 63,7 % unseres Haushalts nimmt allein dieser Punkt ein. Uns liegt viel daran – und das geht Herrn Krahl sicher genauso –, dass alle zu Pflegenden selbstbestimmt und vor allem eben zu Hause gepflegt werden können. Was Sie machen, ist eine bedarfsunabhängige Auszahlung dieses Betrages. Das möchten wir nicht haben. Sie agieren mit der Gießkanne und gehen damit über das Land. Das sollte geändert werden. Vielleicht könnten Sie hierzu einen oder zwei Sätze sagen.

(Beifall bei der FDP)

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheit und Pflege): Gerne. Wir haben uns auch zum Landespflegegeld viele Gedanken gemacht, wie man das macht. Es wäre auch eine Möglichkeit gewesen, zu fragen: Wie schüttet man das Geld aus? – Im Moment haben wir zwei Kriterien: "Pflegegrad 2" und "in Bayern lebend". Das sind die zwei Kriterien. Wir können nicht immer nur von Bürokratieabbau sprechen und dann große Überprüfungsbehörden aufbauen, die hinterfragen, wer wie bedürftig ist. Deshalb haben wir uns für diese Kriterien entschieden und ganz bewusst nicht danach, wie viel wer hat. Vielleicht hat jemand noch ein Häuschen, in dem er selbst lebt, oder die Kinder. Vielleicht hat der Betreffende noch irgendwo ein Aktienpaket oder dies und jenes. Heute ist es schon so, wenn jemand etwas von der Pflegeversicherung will, muss er vieles darlegen. Wir wollten gerade nicht, dass die Betroffenen etwas darlegen müssen. Wir wollen einfach sagen: Ihr seid hilfebedürftig, und wir helfen euch. –

Egal ob Arm oder Reich, die Pflegebedürftigkeit ist das Kriterium, die Hilfsbedürftigkeit, nichts anderes. Das war unser Maßstab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 14, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/635 mit 18/638, 18/718 mit 18/727 sowie 18/729 und 18/730, 18/816 mit 18/830, 18/918, 18/920 mit 18/923, 18/966 bis 18/975 sowie 18/990 und 18/1038 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1784.

Vorab ist über die drei Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion, zu denen namentliche Abstimmung beantragt wurde, abzustimmen. Anschließend folgen dann die zwei Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion in einfacher Form.

Ich lasse zuerst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten" auf Drucksache 18/636. Die Urnen werden bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden, hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 12:58 bis 13:03 Uhr)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist beendet. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaales ausgezählt.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den FDP-Änderungsantrag auf Drucksache 18/918 betreffend "Patienten- und Pflegebeauftragter".

Ich eröffne die Abstimmung. Wiederum drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13:04 bis 13:07 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Die Auszählung erfolgt ebenfalls außerhalb des Plenarsaales.

Weiterhin soll namentlich über den FDP-Änderungsantrag auf Drucksache 18/921 betreffend "Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz" abgestimmt werden. Sie kennen das Procedere. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Urnen stehen bereit.

(Namentliche Abstimmung von 13:07 bis 13:10 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf Sie bitten, wieder Ihre Plätze einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird ebenfalls außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Es folgen nun zwei Abstimmungen zu den Änderungsanträgen der AfD-Fraktion in einfacher Form. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Ich beginne mit dem Änderungsantrag betreffend "Zieldefinition und Erhöhung der Ausgaben für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige Ausgaben zur Förderung der Strukturverbesserung von Krankenhäusern im ländlichen Raum", Drucksache 18/721. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltun-

gen? – Das ist der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Der Änderungsantrag ist hiermit abgelehnt.

Es folgt die Abstimmung zum Änderungsantrag betreffend "Streichung der Mittel für die Vereinigung der Pflegenden in Bayern", Drucksache 18/724. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich nutze die Zeit, bis wir zum Ergebnis der namentlichen Abstimmungen kommen, um Ihnen gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung noch folgende Ausschussbesetzung bekannt zu geben: Herr Andreas Winhart übernimmt den Sitz der AfD-Fraktion im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten anstelle des fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk. Außerdem wird Herr Ulrich Singer anstelle des fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda neues Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst. – Ich wünsche Ihnen beiden viel Erfolg in Ihrem neuen Tätigkeitsfeld.

(Beifall bei der AfD)

Sodann wird die Sitzung bis zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:13 bis 13:15 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten", Drucksache 18/636: Mit Ja haben 51 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 121 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: 12. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Patienten- und Pflegebeauftragter", Drucksache 18/918: Mit Ja haben 75 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 98 Abgeordnete gestimmt, eine Stimmenthaltung. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz", Drucksache 18/921: Mit Ja haben 28 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 116 Abgeordnete gestimmt, 34 Stimmenthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Der Einzelplan 14 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1784 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 14 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen FREIE WÄHLER und CSU sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP sowie der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 14 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind mit Ausnahme der AfD-Fraktion alle Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die AfD-Fraktion.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/1784, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/966 mit 18/975, 18/990 und 18/1038 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 14 abgeschlossen.

Die Sitzung wird für eine 30-minütige Mittagspause unterbrochen, Fortsetzung um 13:50 Uhr.

(Unterbrechung von 13:19 bis 13:53 Uhr)

Meine Damen und Herren, trotz des Staus in der Kantine nehme ich die Sitzung wieder auf.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u. a. SPD; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten (Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.) (Drucksache 18/636)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	51	121	12

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Patienten- und Pflegebeauftragter (Kap. 14 01 Tit. 534 01) (Drucksache 18/918)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	75	98	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2019/2020; hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz (Kap. 14 04 Tit. 681 84) (Drucksache 18/921)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Dr. Faltermeier Hubert		X	
Adjei Benjamin			X	Fehlner Martina		X	
Aigner Ilse		X		Fischbach Matthias	X		
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander		X	
Arnold Horst				Flisek Christian		X	
Aures Inge				Franke Anne			X
				Freller Karl		X	
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			X
Bauer Volker		X		Fuchs Barbara			X
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)			X
Becher Johannes			X	Gehring Thomas			X
Becker Barbara		X		Gerlach Judith		X	
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Gottstein Eva		X	
Bozoglu Cemal			X	Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert		X		Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael		X		Häusler Johann		X	
				Hagen Martin	X		
Celina Kerstin			X	Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar			
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian			X	Hartmann Ludwig			X
Demirel Gülseren			X	Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex		X		Haubrich Christina			X
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim		X	
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Heubisch Wolfgang			
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian			X
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg		X		Hintersberger Johannes		X	
Enders Susann				Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	
Fackler Wolfgang		X		Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			X
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			X
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			X
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	28	116	34

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 17

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 14

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gewährung eines Meisterbonus für bestandene Fachausbildungen in der professionellen Pflege
(Kap. 14 03 Tit. 681 02)
Drs. 18/816
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung nachhaltiger Konzepte zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung auf dem Land
(Kap. 14 03 TG 64)
Drs. 18/817
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erweiterung Hebammenbonus – Rückkehrerinnen und Rückkehrer einbeziehen
(Kap. 14 03 TG 87)
Drs. 18/818
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umweltfreundliches Krankenhaus – Green Hospital aktiv umsetzen
(Kap. 14 03 TG 90)
Drs. 18/819
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der assistierten Reproduktion
(Kap. 14 03 neuer Tit.)
Drs. 18/820
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Ausbau von Pflegestützpunkten und Förderung innovativer Konzepte
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 18/821
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Förderung der Errichtung von Pflegeeinrichtungen für junge Pflegebedürftige
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 18/822
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Anschubfinanzierung für die Schulen – Umsetzung des Pflegeberufgesetzes
(Kap. 14 04 TG 72)
Drs. 18/823
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Demenzstrategie jetzt umsetzen
(Kap. 14 04 TG 75 – 76)
Drs. 18/824
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)

- Drs. 18/825
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landespflegegeld abschaffen
(Kap. 14 04 TG 84)
Drs. 18/826
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stipendium für Studierende APN
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/827
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Andreas Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Implementierung eines Modellprojekts zur Freistellung von Praxisanleiterinnen und -anleitern in allen Berufsbildern der professionellen Pflege
(Kap. 14 04 neuer Tit.)
Drs. 18/828
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zustiftung zur AETAS Kinderstiftung
(Kap. 14 05 TG 62)
Drs. 18/829
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Schuleingangsuntersuchung weiter an Kindertagesstätten möglich machen
(Kap. 14 23 TG 56)
Drs. 18/830
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ausgaben für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
(Kap. 14 01 Tit. 511 01)
Drs. 18/718
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Gesundheitsversorgung – Reduzierung der sächlichen Verwaltungskosten
(Kap. 14 03)
Drs. 18/719
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Ausgaben für die Vergabe von Aufträgen
(Kap. 14 03 Tit. 534 62)
Drs. 18/720
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zieldefinition und Erhöhung der Ausgaben für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige Ausgaben zur Förderung der Strukturverbesserung von Krankenhäusern im ländlichen Raum
(Kap. 14 03 Tit. 633 01)
Drs. 18/721
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation
(Kap. 14 04 Tit. 531 71)
Drs. 18/722

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für die Vergabe von Aufträgen
(Kap. 14 04 Tit. 534 72)
Drs. 18/723
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Mittel für die Vereinigung der Pflegenden in Bayern
(Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 18/724
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Kosten für eine Beschaffung und Bevorratung von Medikamenten und Impfstoffen für Versorgungsmaßnahmen gegen eine mögliche Influenza-Pandemie
(Kap. 14 05 Tit. 514 53)
Drs. 18/725
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für Studien und Gutachten
(Kap. 14 05 Tit. 526 94)
Drs. 18/726
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Reduzierung der Veranstaltungskosten
(Kap. 14 05 Tit. 540 60)
Drs. 18/727
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für gesundheitliche Klimaforschung
(Kap. 14 05 TG 80)
Drs. 18/729
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Ausgaben für den Ausbau eines elektronischen Polleninformationsnetzwerkes Bayern
(Kap. 14 23 TG 61)
Drs. 18/730
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Für ein inklusives Bayern jetzt – Barrierefreiheit im Gesundheits- und Pflegebereich
(Kap. 14 03 TG 77)
Drs. 18/635
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Verbesserung der Beratung pflegebedürftiger Menschen durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten
(Kap. 14 04 TG 70 neuer Tit.)
Drs. 18/636
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/637
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Staatliche Förderung des Ersatzneubaus von Altenpflegeeinrichtungen
(Kap. 14 04 TG 86)
Drs. 18/638
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Patienten- und Pflegebeauftragter
(Kap. 14 01 Tit. 534 01)
Drs. 18/918

- | | |
|--|---|
| <p>33. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungskosten
(Kap. 14 04 Tit. 547 84)
Drs. 18/920</p> <p>34. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Landespflegegeld nach dem Bayerischen Landespflegegeldgesetz
(Kap. 14 04 Tit. 681 84)
Drs. 18/921</p> | <p>35. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 14 04 Tit. 684 57)
Drs. 18/922</p> <p>36. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Helmut Kaltenhauser, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 14 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/923</p> |
|--|---|